

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Winter 2018/2019
Nr. 202, 47. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Fraktionsstreit zwischen den Unionsparteien und abgewendete Regierungskrise: CSU-Führungstrio übernimmt Rhetorik und Forderungen der AfD



Inzwischen ist der offene Machtkampf zwischen den Unionsparteien vorübergehend eingestellt. Die CSU-Führungsrige (Söder, Dobrindt, Seehofer) konnte mit der Drohung, Innenminister Seehofer werde auch gegen die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin die angekündigten Grenzkontrollen ab Juli in Kraft setzen, zahlreiche ihrer Forderungen durchboxen. Nur in einem entscheidenden Punkt nicht: Merkel verhinderte mit ihrer Richtlinienkompetenz zunächst einen nationalen Alleingang. Sie hat Seehofer den schwarzen Peter zugeschoben. Er muss bilaterale Abkommen aushandeln, bevor Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden dürfen. Aber in den übrigen strittigen Fragen hat sich Merkel viele Forderungen der CSU zu eigen ge-

macht. Das zeigte sich während des EU-Gipfels, auf dem sie mit zahlreichen Vorstellungen ihrer innerparteilichen Kritiker zur Migrationspolitik auftrat. „Nicht Merkel mit einer

inzwischen auch abgespeckten Version einer humanen Flüchtlingspolitik gibt die Richtung vor, sondern die Scharfmacher gegen Migranten, die Orbans und die
Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Fraktionsstreit zwischen den Unionsparteien	1
Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil	7
Wie die EU ihre Außengrenzen „sichert“	11
Bremen: Die Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung	19
Bericht über ein zapatistisches Bildungsprojekt	27
Die zionistische Kampagne gegen Corbyn	31
Impressum & Abo	33

In eigener Sache

Die „Kommunistische Partei Opposition“ (KPO) der Weimarer Zeit und die „Gruppe Arbeiterpolitik“ gehören zu den Wurzeln unserer Gruppe; wir stehen in deren Tradition. Von den Herangehenden und politischen Erkenntnissen der damals führenden Köpfe, vor allem von August Thalheimer und Heinrich Brandler, können wir auch heute noch lernen.

1916, im I. Weltkrieg, wurde von den *Bremer Linksradi-kalen* die Zeitschrift *Arbeiterpolitik* gegründet. In ihr kamen Lenin, Brandler, Radek und andere zu Wort. Infolge der konterrevolutionären Übermacht konnte sie sich nur drei Jahre halten. Nach dem II. Weltkrieg, genau vor 70 Jahren, im November 1948 gründeten ehemalige KPO Genossinnen und Genossen die *Gruppe Arbeiterpolitik* und gaben eine gleichnamige Zeitung heraus. Das war damals, unter den schwierigen Verhältnissen eines notleidenden und besetzten Landes, nach den Bestimmungen der Besatzungsmächte illegal. Später gab es dann mit einsetzender Hochkonjunktur und dem Schwinden revolutionärer Perspektiven auch in der Arpo Erschütterungen, was zu einer kurzen Einstellung der Zeitschrift *Arbeiterpolitik* führte. Spaltungen in der Gruppe und die Gründung der *Gruppe Arbeiterstimme* folgten. Heute haben wir zu einem Verhältnis der guten Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppen gefunden.

Wir sind der Meinung, dass diese geschichtlichen Erfahrungen, auch manche damalige Illusionen, für die Gestaltung der heutigen Politik von Wert sind.

Die Sozialdemokratie in ihrer gegenwärtigen Krise macht das Gegenteil: Die angebliche „*Erneuerung*“ ist verbunden mit einer möglichst weitgehenden Ausblendung ihrer klassenkämpferischen Vergangenheit. Die neue Vorsitzende Nahles hat gerade die Historische Kommission der Partei aufgelöst.

Es traf sich gut, dass zu dem angesprochenen Punkt, der Rückbesinnung auf den Werdegang der *Arbeiterpolitik* und zur Einschätzung der Novemberrevolution in Deutschland, ein umfangreicher Artikel von Jörg Wollenberg zur Veröffentlichung eintraf: „*Mit der Arbeiterpolitik auf dem Weg von der bürgerlichen Revolution zur proletarischen Revolution.*“

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen finden erst nach dem Redaktionsschluss statt. Wir werden auf der Jahreskonferenz der Gruppe Ende Oktober darüber diskutieren, wie die Ergebnisse einzuschätzen sind.

Zum Rechtsruck in der CDU/CSU und dem internen Streit der Union drucken wir einen Artikel aus der „*Arbeiterpolitik*“ nach. Weitere Artikel zu verschiedenen Themen sind dem Inhaltsverzeichnis zu entnehmen.

Allgemein gilt die Feststellung, dass die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems in einer immer gefährlicheren politischen Destabilisierung und Unberechenbarkeit zum Ausdruck kommt, weltpolitisch und innenpolitisch. Die Minen für das nächste Finanzchaos sind längst gelegt; die Folge wird eine Weltrezession sein. Was das politisch bedeuten würde im ökonomisch tief gespaltenen Deutschland, mag zwar an die Weimarer Verhältnisse der 30er Jahre erinnern, ist aber gegenwärtig noch weit davon entfernt. Bereits jetzt wird Widerstand mit Repression bekämpft, werden demokratische und soziale Rechte geschleift. Wenn die herrschende Klasse jedoch ihre Macht in Gefahr sieht, greift sie zu allen Mitteln; auch zur Diktatur oder sogar zum Faschismus.

Bei schweren wirtschaftlichen Erschütterungen und Unruhen würde die herrschende Klasse auch nicht darauf verzichten, auf rechtsradikale Parteien und Schlägertrupps zurückzugreifen. Dieses zwiespältige Verhältnis zu den Feinden der demokratischen Verfassung von rechts prägt. Es spiegelt sich im Umgang manchen demokratisch-bürgerlichen Politikern und in ihren Parteien wider. Auf dem rechten Auge blind sind auch manche im Beamtenapparat, bei Polizei, Justiz und besonders im „*Verfassungsschutz*“. Der Feind steht in Deutschland nun mal links. In Zeiten der Hochkonjunktur sind die Rechtsradikalen zum Systemerhalt noch nicht notwendig, im Gegenteil, für Handel und Ansehen im Ausland oft schädlich. Für den Machterhalt genügen heute noch die Medienmanipulation im großen Umfang, eine Portion Polizeiwilkkür und die entsprechende Justiz. Das Sympathisieren mancher im Beamtenapparat mit rechten Einstellungen erklärt auch politische Skandale wie z.B. um



die NSU-Aufarbeitung und um den Verfassungsschutz. Auch das Auftreten des sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Kretschmer bezüglich der Vorfälle in Chemnitz ist bezeichnend.

Nach wie vor gilt Max Horkheimers Feststellung: „*Wer nicht vom Kapitalismus sprechen will, soll vom Faschismus schweigen.*“

Flüchtlingskrise und Ausländerhetze, vor allem von der CSU und der *Bild-Zeitung* salonfähig gemacht, waren der Katalysator zum Aufschwung der AfD und deren Radikalisierung. Wenn der CSU-Vorsitzende Seehofer proklamiert: „*Die Flüchtlingskrise ist die Mutter aller politischen Probleme*“ macht er einerseits München Wahlkampf und will andererseits ablenken von der zunehmenden sozialen Schieflage in Deutschland und anderen Missständen, die aufzubrechen drohen.

Dass CSU-Politiker im Wahlkampf mit ihren ausländer- und flüchtlingsfeindlichen Parolen den Bogen überspannt haben, kann man an der Ablehnung sehen, auf die sie damit gestoßen sind. 35 Prozent im letzten Bayerntrend und die große Beteiligung an Demonstrationen wie „#ausgehetzt“ im Sommer in München sind dafür ein Anzeichen.

Wir danken unsern Abozahlern und Spendern und bitten unsere Leserinnen und Leser auch weiterhin um Unterstützung.

Die Jahreskonferenz der Gruppe findet am 27./28. Oktober in Nürnberg statt. Als Themen sind geplant: Innenpolitik, Kapitalismus und Ökologie, Flüchtlingsfrage, Türkei, England.



Salvinis. [...] Und irgendwo zwischen Humanität und Abschreckung taumelt die von der CSU getriebene Kanzlerin. Die reaktionär-nationalistischen Kräfte, die von der CSU repräsentiert werden, befinden sich in der Offensive.“ (Kommentar von Pascal Lechler, ARD-Studio Brüssel, vom 29.06.2018)

So billigte die CDU-Führung den Masterplan des Innen- und Heimatministers – übrigens noch bevor ihr sein konkreter Inhalt bekannt war. Die einzige, noch strittige Frage konnte in letzter Minute entschärft werden. Die CSU bekam ihre Grenzkontrollen zum Aufgreifen illegal eingereister Migranten mit der nun erneut geschaffenen bayerischen Grenzpolizei. Abweisungen und Rückführungen soll es aber vorerst nach bilateralen Absprachen mit Österreich und Italien geben. Auch wenn es sich hierbei zunächst um reine Symbolpolitik im Rahmen des bayerischen Wahlkampfes handelt, die Notwendigkeit bilateralen Absprachen zeigt wie stark die nationalen Eigeninteressen sind, die zunehmend von den Rechtspopulisten definiert werden. Die EU entfernt sich immer weiter von gemeinsamen Lösungen. Merkel musste ja schon nach dem Gipfeltreffen eine Reihe von tatsächlich oder vermeintlich vereinbarten zwischenstaatlichen Lösungen präsentieren, um den unionsinternen Streit zu entschärfen.

Dass der Konflikt zunächst durch einen rasch zusammengezimmerter Kompromiss beigelegt wurde, ist der Angst aller Beteiligten vor den unkalkulierbaren Folgen eines Auseinanderbrechens der gemein-

samen Unionsfraktion geschuldet und und der Intervention der Unternehmerverbände. Die Vertreter der Wirtschaft haben nachdrücklich vor den Risiken einer Regierungskrise gewarnt und zur Unterstützung der Bundeskanzlerin aufgefordert. In der FAZ, die sich als Sprachrohr des bürgerlichen Lagers sieht, brachte Mitherausgeber Berthold Kohler am 24. Juni seine Sympathie für die Kritiker von Merkel zum Ausdruck: „Die CSU, die als bayerische Regierungspartei deutlich näher an der Wirklichkeit der Flüchtlingskrise war als viele Träumer und Schönredner in Berlin-Mitte, hat immer noch ein besseres Sensorium für die Unzufriedenheit mit und das Aufbegehren gegen die Flüchtlingspolitik der großen Koalition als CDU und SPD zusammen. [...] Merkel beging schon zu Beginn der Flüchtlingskrise schwere und folgenreiche Fehler, im Handeln wie in der Kommunikation. Geradezu verheerende Wirkung im bürgerlichen Lager, aber auch bei den europäischen Nachbarn, hatte der von Merkel vermittelte Eindruck, Staatsgrenzen seien letztlich nur noch eine Illusion.“ Zugleich warnte er vor der möglichen Zuspitzung des Machtkampfes zwischen den Unionsparteien: „Ein offener Bruch zwischen CDU und CSU käme einem Erdbeben gleich, dessen Folgen für die politische Landschaft und die Regierbarkeit des Landes man sich nicht ausmalen mag. Wie Berlin unter den dann zu erwartenden Verhältnissen besser als bisher dafür sorgen soll, dass die EU am deutschen Wesen (also den einzig richtigen ordnungspolitischen Vorstellungen) genesen kann, bleibt das Geheimnis jener,

die schon immer wussten, wie man es besser macht in der Politik – solange sie es nicht beweisen müssen.“

Gegenwind für die CSU-Führung

Nachdem sich die aufgeregte Debatte über die von der CSU-Führung verursachte Regierungskrise gelegt hatte, kam Gegenwind auf. In Meinungsumfragen zur Landtagswahl rutschte die CSU weiter ab; sie konnte die zur AfD abgewanderten Wähler*innen nicht zurückgewinnen. Es mehrten sich Stimmen auch innerhalb der Partei, die zur Mäßigung aufriefen und den gefahrenen Konfrontationskurs nicht mitmachen wollten. Vor allem die menschenverachtende Rhetorik stieß auf Ablehnung bis hinein in konservative Kreise.

So folgten am 22. Juni 2018 mehrere zehntausend Menschen dem Aufruf zur Demonstration „#ausgehetzt“; die Polizei sprach von 25.000, die Veranstalter von 50.000 Teilnehmern. „Es sind längst nicht mehr nur linksradikale Studenten, die sich gegen die Flüchtlingspolitik der CSU stemmen, sondern auch Nonnen und ältere Menschen in Tracht – also auch traditionelle CSU-Wähler.“ (Focus-online, 23.07.2018) Und die Süddeutsche Zeitung schrieb am 22. Juni: „Es war wohl das erste Mal in ihrer Parteigeschichte, dass die CSU eine in München angekündigte Demonstration so ernst nahm, dass sie am Samstag warnende Zeitungsanzeigen dagegen veröffentlichte. [...] Offenbar steckt der CSU der Schock vom 10. Mai noch sehr in den Knochen: Da wurde aus einer Münchner

Kundgebung gegen die Verschärfung des Polizeirechts, die von der CSU in brachialer Manier durchgezogen worden war, die größte bayerische Demonstration der vergangenen Jahrzehnte; das neue Polizeirecht wirkte da offenbar wie der Tropfen, der ein Fass zum Überlaufen brachte.“

Die CSU-Führungsriege rüstete verbal ab und beendete den Konfrontationskurs innerhalb der Regierungskoalition. Sie konzentriert sich nun auf den Wahlkampf in Bayern. Der Wiederaufbau einer bayerischen Grenzpolizei und des neuen Landesamtes für Asyl und Rückführungen wurde von Ministerpräsidenten Söder medial in Szene gesetzt.

Der Machtkampf in den Unionsparteien ist Ausdruck für die Verschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge

Getrieben wurde und wird die CSU von der panischen Angst vor dem Verlust der absoluten Regierungsmehrheit im Land als auch in zahlreichen bayrischen Kommunen. Damit verbunden wäre eine erhebliche Schwächung ihrer bundespolitischen Bedeutung. Dies erklärt auch die Schärfe des Machtkampfes, der zuvor zwischen Seehofer und Söder ausgetragen wurde. Nach der Maxime von Franz Josef Strauß *„Es darf sich keine Kraft rechts von der CSU dauerhaft etablieren“* versucht die CSU der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen: durch die Übernahme von deren nationalistischer Rhetorik und von zahlreichen ihrer Forderungen. Die CSU wird damit die von der Regierungspolitik enttäuschten Wähler*innen wohl kaum zurückgewinnen können, sondern stärkt eher das Gefühl, mit der Stimmabgabe für die AfD *„es denen da oben mal gezeigt zu haben“*.

Die Krise des traditionellen parlamentarischen Parteigefüges, von der bisher die Sozialdemokratie besonders getroffen wurde, hat nun auch die Unionsparteien, die konservative Kraft des deutschen Bürgertums, er-

fasst. Der rechtskonservative Flügel der Union, der in der Vergangenheit – mit zeitlich vorübergehenden Ausnahmen – auch die völkisch-nationalistischen Kreise binden und integrieren konnte, ist schon lange mit dem Regierungskurs von Merkel nicht einverstanden. Er macht sie für die Verluste von 8,6 Prozent bei der Bundestagswahl verantwortlich. Die CSU hatte versucht, sich zum Sprachrohr dieses Flügels zu machen. *„Seehofer verglich die bevorstehende Auseinandersetzung mit einem ‚Werkstück in der Schraubzwinge‘, das nun bearbeitet und poliert werden müsse.“* (FAZ, 14.06.2018) Inhaltlich wird die Kritik der CSU in größer werdenden Teilen der CDU geteilt, nur deren Vorgehensweise stieß auf Ablehnung, weil sie die Einheit der Union und damit ihre Regierungsfähigkeit gefährdet hatte.



Risse innerhalb der CDU

Auch nach der vorübergehenden Beilegung des Machtkampfes, die Diskussionen und Richtungskämpfe innerhalb der Union werden weitergehen – und damit auch die Fragen nach dem Verhältnis zur AfD. Der rechte Flügel, der schon lange seine erzkonservativen Werte durch den Kurs von Merkel verraten sieht, hat sich nochmals hinter die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende gestellt. Solange er über keine personelle, d.h. für die Wähler*innen attraktive Alternative verfügt, kann er den offenen Machtkampf, wie er von der CSU vorangetrieben wurde, nicht aufnehmen. Allerdings verstärken die Erfolge der AfD, vor allem in den neuen Ländern, den Druck innerhalb der CDU. Schon werden dort verein-

zelt Stimmen laut, die sich für einen anderen Umgang mit der AfD bis hin zu möglichen Koalitionen mit ihr aussprechen.

Unzufrieden mit dem Kurs von Merkel, wenn auch aus anderen, ganz materiellen Gründen, zeigt sich auch der Wirtschaftsflügel, die Vereinigung des Mittelstandes in der Union. Ihnen gehen die sozialpolitischen Zugeständnisse an die SPD in den Koalitionsvereinbarungen zu weit. Erinnern wir uns, schon in der letzten Legislaturperiode hatten sie Vorhaben, wie z.B. das vereinbarte Rückkehrrecht von Teilzeit Vollzeit erfolgreich torpedieren können.

Staatstragendes Stillhalten der SPD

Die SPD enthielt sich zunächst jeglicher inhaltlicher Stellungnahmen zum unionsinternen Streit und

beschränkte sich darauf, die *„Verantwortungslosigkeit“* der CSU zu brandmarken. Die Furcht vor Neuwahlen hat sie in die GroKo getrieben und ketten sie weiter an die Regierungskoalition, die sie nicht in Frage stellen oder verlassen darf, ohne selbst Schaden zu nehmen. So blieb den sozialdemokratischen Politikern in der Regierung

als auch im Parlament nichts weiter übrig, als dem unionsinternen Machtkampf zuzuschauen und seine Resultate zu akzeptieren. Die im Koalitionsausschuss beschlossene Sprachregelung – Transitverfahren statt Transitzentren – kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die CSU in vielen Fragen der Asyl und Migrationspolitik durchsetzen konnte, wenn auch zunächst nur als Absichtserklärungen auf dem Papier, im Masterplan Migration. Als Kompensation wurde den Sozialdemokraten die Verabschiedung eines geforderten Einwanderungsgesetzes versprochen. Ein Vorhaben, auf das ebenfalls die Vertreter der deutschen Wirtschaft drängen, um den Arbeits- und Fachkräftebedarf zu regeln. Es wird in der Union deshalb auch nicht grundsätzlich auf Ablehnung stoßen.

Rechte parlamentarische Opposition

Im Bundestag spiegeln sich die bisherigen Verschiebungen in der Parteienlandschaft wieder. Sie bestimmten monatelang die Versuche der Regierungsbildung – das Scheitern der Jamaika-Gespräche und die schleppenden Verhandlungen über die Fortsetzung der Großen Koalition. Sie kam erst zustande, nachdem die SPD, die versprach, sich in der Opposition zu erneuern, mühselig die Skepsis und Widerstände in den eigenen Reihen überwinden konnte.

Im Parlament steht der nun großen Koalition mit der AfD erstmals eine rechtspopulistische Partei, mit einem völkisch-nationalen Flügel, als stärkste Oppositionskraft gegenüber. Deren Wahlerfolge und ihre wachsenden Umfrageergebnisse veranlassten die Regierungsparteien, die Stimmungen, die darin zum Ausdruck kommen, aufzunehmen und unter dem Druck der CSU auch teilweise umzusetzen. Die AfD bestimmt durch ihre Erfolge und ihre parlamentarische Präsenz weitgehend die Themen des politischen Diskurses, wie er sich in der Boulevardpresse, den bürgerlichen Medien aber auch in den öffentlich-rechtlichen Medien und ihren Talkshows niederschlägt.

Auch die FDP versucht auf der Welle nationaler und populistischer Parolen zu reiten. Wie die AfD attackiert sie die Regierung von rechts. Ihre Erneuerung, sprich das Vorhaben, sich als nationalliberale Kraft zu profilieren, war einer der Gründe, weshalb die FDP die Jamaika-Gespräche platzen liess. Es vertrug sich nicht mit Zugeständnissen an die Grünen, die linksliberale Konkurrenz. Die FDP wollte der Gefahr vorbeugen, erneut von den Wähler*innen abgestraft und unter die 5-Prozent-Hürde gedrückt zu werden, wie in der vorangegangenen Legislaturperiode. Übrigens beendete sie die Koalitionsgespräche Ende letzten Jahres unvermittelt, trotz weitgehender Zugeständnisse von Seiten der Grünen.

„Besser gar nicht, als falsch regieren“, lautete die Begründung vom FDP-Vorsitzenden Lindner. Das brachte ihm, wie aktuell der CSU, den Vorwurf der staatsbürgerlichen Verantwortungslosigkeit ein. Er stelle die Interessen der FDP über das Wohl des Landes.

Das Drängen der Grünen in die Regierungsverantwortung

Bei den Grünen hat sich längst der Flügel durchgesetzt, der sich eine Koalition in alle Richtungen offenhält, nicht nur in den Ländern (wie in Baden-Württemberg) sondern auch auf Bundesebene. Die Bildung



einer Jamaika-Regierung sollte den Grünen die Anerkennung als ganz normaler Koalitionspartner von Seiten der Union und der FDP bringen. Das scheiterte, wie schon gesagt, an der rechtsnationalen Profilierung der FDP. Seither sitzen die Grünen sozusagen zwischen den (Palaments-) Stühlen, als Oppositionskraft bemüht um Wählerstimmen, zugleich jedoch bereit, jederzeit Regierungsverantwortung zu übernehmen. Deutlich wahrnehmbar waren ihre politischen Signale, notfalls in eine Regierung unter Merkel einzutreten bzw. sie zu stützen, sollte durch den unionsinternen Machtkampf die CSU als Regierungspartei ausfallen.

Die Linke: Streben nach Regierungsverantwortung und Zerstrittenheit über den Weg

Zwar konnte die Linkspartei bei der Bundestagswahl – im Gegensatz zu den Volksparteien CDU/CSU und SPD – ihren Stimmenanteil leicht erhöhen. Aber der erste Blick täuscht; in den neuen Bundesländern, mit ihren besonderen Erfahrungen und Interessen, wurde sie von der AfD als zweitstärkste parlamentarische Kraft verdrängt. Auch etliche Wähler*innen der Linkspartei wechselten dort zur rechtspopulistischen AfD. Die Gründe liegen in den Hoffnungen/Erwartungen, die mit der Wahl der Linkspartei in die Regierungsverantwortung verbunden waren und die sie nicht erfüllen wollte und konnte. Sie erwies sich als eine normale bürgerliche Kraft, die sich in ihrem Regierungshandeln kaum von der SPD oder CDU unterschied.

In den westlichen Bundesländern konnte die Linkspartei ihren Stimmenanteil leicht ausbauen, blieb aber weit hinter dem rasanten Aufstieg der AfD zurück. Ihr gelang es nicht, wie gehofft, in größerem Umfang die von der SPD enttäuschten Wähler*innen zu gewinnen. Es half ihr nicht, sich als Alternative zu präsentieren, die die alten sozialdemokratischen Werte – was immer das sein mag – glaubwürdiger und kosequenter vertreten würde. Die Hoffnungen der Linkspartei, durch parlamentarische Mehrheit von rot-rot-grün die große Koalition ablösen zu können, hat mit der Bundestagswahl einen weiteren Dämpfer erhalten. Diese Möglichkeit ist angesichts der Verluste der SPD in noch weitere Ferne gerückt. Zudem hatten die Parteispitzen von SPD und Grünen dem Streben der Linkspartei nach einer gemeinsamen Koalition eine klare Absage erteilt und sie haben dies in den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl nochmals praktisch unterstrichen. Es gab und wird in

absehbarer Zeit keinen „Lagerwahlkampf“ geben, wie von der Linkspartei angestrebt.

Die fehlende Perspektive einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene hat die innerparteilichen Auseinandersetzungen zugespitzt. Die Gräben zwischen den Parteiflügeln und Interessengruppen sind tiefer geworden, scheinen kaum noch überwindbar zu sein. Auch die zerstrittenen Politiker der Linkspartei versuchen im innerparteilichen Machtkampf die bürgerlichen Medien zu nutzen, von denen sie zugleich benutzt werden. Zwei Kontroversen bestimmten die Debatten auf dem Parteitag und die Berichterstattung in den Medien.

Die von Sarah Wagenknecht erhobene Forderung nach einer Begrenzung der Migration. „Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass der Staat sie vor Dumpingkonkurrenz schützt“, sagte die Linken-Fraktionschefin im Magazin ZEIT Geschichte. Sie versucht damit die Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung zu bedienen, um deren Abwanderung zur

AfD zu verhindern bzw. um verlorene Wähler*innen zurückzugewinnen.

Der Plan von Wagenknecht zur Gründung einer „Sammlungsbewegung“

So schreiben Wagenknecht und Stegemann in *Zeit-Online* vom 8. Juni 2018 „Nach jüngsten Umfragen steht die SPD bei rund 17 Prozent, Grüne und Linke kommen jeweils auf etwa 10 Prozent. Was im vorigen Bundestag zumindest rechnerisch noch möglich war, ist in weite Ferne gerückt: eine Mehrheit für linke Politik in Deutschland.“ Unter Verweis auf die Wahlerfolge von Podemos in Spanien und La France insoumise in Frankreich fragen sie weiter: „Sollten das nicht hinreichende Gründe dafür sein, auch in Deutschland eine überparteiliche Sammlungsbewegung zu starten, die zusammenführt, was bisher getrennt agiert?“ Die Initiative für eine Sammlungsbewegung brachte dem Flügel um Wagenknecht den Vorwurf ihrer innerparteilichen Kontrahenten ein, die eigene Partei überflüssig machen zu wollen. Schließlich gäbe es mit der Linkspartei ja schon den Rahmen, offen für alle linken auch ohne ihr Parteibuch.

Podemos in Spanien ist in dem breiten Widerstand der letzten Jahre entstanden. La France insoumise konnte sich auf verstärkte Klassenauseinandersetzungen und soziale Bewegungen stützen. Mit Bewegung haben die Flügel in der Linkspartei wenig zu tun – Bewegungen kann man nicht gründen. Sie entstehen aus einer Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche und daraus resultierender sozialer Auseinandersetzungen.

An diesen Voraussetzungen mangelt es in der BRD. Die Widersprüche haben sich vertieft, es gibt aber nur vereinzelt sozialen Widerstand. Daraus hat sich bisher keine breite außerparlamentarische Bewegung entwickelt, wie beispielsweise in Spanien oder Frankreich. Die Linkspartei hat sich seit ihrer Gründung bemüht, als normale, demokratische Kraft im parlamentarischen Gefüge anerkannt zu werden. Dies hat sie als Koalitions- und Regierungspartner bei der Verwaltung der kapitalistischen Ordnung auf Länderebene unter Beweis gestellt. Nichts kennzeichnet die Linke besser, als der Umgang mit diesen Erfahrungen. (Es gibt sicherlich zahlreiche Genoss*innen, die den Regierungsbeteiligungen sehr kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Sie bilden aber eine Minderheit, die mit ihren Positionen die Beschlusslage in der Partei nicht beeinflussen kann.) Eine breite, auch öffentlich geführte Debatte über die Ergebnisse der Regierungsbeteiligungen in Berlin, Brandenburg und Thüringen wird vermieden. Es gibt keinen relevanten Parteiflügel, der die Übernahme von Regierungsverantwortung unter kapitalistischen Verhältnissen und unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen in Frage stellt oder wenigstens die konkreten Bedingungen oder rote Linien für eine Regierungsbeteiligung formuliert.

Bei aller Kritik an der parlamentarischen Fixierung der Linkspartei, sie ist momentan im Bundestag die einzige Partei, welche die „sozialen Mißstände“ und die Interessen/Forderungen der Betroffenen zur Sprache bringt – solange sie eben nicht selbst an der Regierung beteiligt ist.

26.07.2018

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den

dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil

Der Jahrhundertprozess in München ist zuende, die Urteile sind gesprochen. Obwohl ein Bündnis „Kein Schlussstrich“ diese Befürchtung zerstreuen will, ist genau ein solcher zu vermuten.

Das liegt auch am Ort des Geschehens selbst: Das Oberlandesgericht und die Bundesstaatsanwaltschaft haben über ihren Aufklärungs(un-)willen niemand im Ungewissen gehalten. Es stand nicht ein NSU-Netzwerk vor Gericht, sondern eine „Trio“-Version, die gegen jede Wirklichkeit behauptet wurde. Ob es noch weitere Gerichtsverfahren gegen NSU-Kameraden geben wird, liegt am allerwenigsten an den Beweisen.

„Kein Schlussstrich“ bezieht sich nicht wirklich auf die Frage, welche tatrelevante Rolle der Geheimdienst am Zustandekommen, am Gewährlassen des NSU gespielt hat. Dieser Komplex war ausdrücklich nicht Gegenstand des Verfahrens. Damit wurde juristisch nicht einmal angefangen. Auch dies liegt nicht an den Beweismitteln, die Unterstützertätigkeiten bis Beihilfe belegen.

Es wird in absehbarer Zeit keinen Prozess gegen den Geheimdienst geben und das wissen alle – auch die, die sich große Mühe gegeben haben, sich nicht an die ausgegebene „rote Linie“ der Aufklärung zu halten.

Für einen solchen Prozess bräuchte es nicht mehr Beweise, sondern eine, sagen wir es deutlich, revolutionäre Umbruch- bzw. Aufbruchstimmung, in der der Geheimdienst nicht länger machtpolitisch, parlamentarisch und juristisch gedeckt wird, sondern für die „Staatsgeheimnisse“ verantwortlich gemacht wird.

Wenn der Gedanke „Kein Schlussstrich“ mehr als eine gute Geste sein will, also Schlussfolgerungen und Handlungen bestimmen soll, dann müsste man dies vor allem außerhalb der Gerichtsbarkeit beweisen.

Solange man sich hauptsächlich an dem orientiert, was juristisch unterlassen bzw. unternommen wird,

wird man in der ZuschauerInnenrolle oder BeobachterInnenrolle verharren. Das ist nicht nur mühsam, sondern in aller Regel auch einflusslos.

„Kein Schlussstrich“ hieße, genau das, was auf absehbarer Zeit nicht Gegenstand eines Prozesses sein wird, selbst in die Hand nehmen.

Dazu gehört der Kampf gegen neonazistische Strukturen, gegen einen nationalsozialistischen Untergrund, der zwischenzeitlich viele Namen hat.

Dazu gehört eben auch die Rolle des Geheimdienstes (VS), die Bedeutung der „Staatsgeheimnisse“, die sein ehemaliger Vize-Chef Klaus-Dieter Frische geschützt sehen will, und woran sich alle Behörden und parlamentarischen Institutionen gehalten haben – entgegen allem „Behördenwirrwar“, das man in Neymar-Manier vorgespielt hat.

Out of order

Fangen wir im Gerichtssaal an und verlassen ihn dann als bald. Auf der Anklagebank saß auch André Eminger.

Dem bekennenden „Nationalsozialisten“ warf die Bundesanwaltschaft Beihilfe zu Mord vor und forderte zwölf Jahre Haft.

Das Gericht sah dies erst auch so und ordnete 2017 Untersuchungshaft an. Und am Ende dann ganz anders: André Eminger habe zwar dem Trio geholfen, aber gleichzeitig nichts gewusst – vom nationalsozialistischen Untergrund, den er selbst in Wort und Tat propagiert hat.

So sah dann auch das Urteil aus: André Eminger wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt ... und konnte nach Urteilsverkündung das Gericht als freier Mann und als Held der Neonaziszene verlassen.



André Eminger. Eine Quelle in jeder Hinsicht

André Eminger folgt der Idee und dem „NSU“ von Anfang an, bis über das „Ende“ hinaus, dem „einvernehmlichen Selbstmord“ der beiden NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos.

„Bereits im Jahre 1999 hatte er eine Wohnung für die drei Untergetauchten in Chemnitz angemietet. Auch eine Anmietung eines Wohnmobils zum Zeitpunkt der Platzierung der Bombe in der Kölner Probsteigasse lief auf seinen Namen.“ (Lotta, Nr. 56, Sommer 2014)

André Eminger hat eine zentrale Rolle in der Neonazi-Szene. Er verbreitete „ein Fanzine, in dem für rassistische Morde geworben wurde, in dem



rechtsterroristische Konzepte verbreitet wurden“ (Nebenklage).

André Eminger gehörte zu treuesten und engsten Kameraden der uns bekannten NSU-Mitglieder: „Die Ermittler hatten ihn als einen der engsten Unterstützer des NSU eingestuft. André stand gemeinsam mit seiner Lebenspartnerin Susann Eminger in stetigem engem Kontakt zu den drei Kernmitgliedern der Terrororganisation (Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe), nachdem diese untergetaucht waren; er hat den NSU nach Überzeugung der Ermittler unter anderem mit dem Anmieten von Fahrzeugen und einer Wohnung unterstützt und Zschäpe geholfen, als sie nach dem Tod von Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011 floh. Laut Zschäpe hat er auch von den Banküberfällen des Kern-NSU gewusst.“ (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7668>)

André Eminger ist ein Neonazi, der nicht den geringsten Hehl daraus macht. Ein Neonazi mit Haut und Haaren: Sein Körper zieren Hakenkreuze und die Inschrift: „Die Jew Die“ („Stirb, Jude, stirb“). Während des Prozesses besuchte er demonstrativ „Pegida“-Aufmärsche und ließ sich gerne auf Naziveranstaltungen sehen, wie dem Musikfestival „Rock gegen Überfremdung“ im Juli 2017 im thüringischen Themar. (NSU-Watch)

Ein Schein-Urteil

Wenn man die lebenslängliche Strafe gegen Beate Zschäpe nimmt, die drei Jahre gegen Holger Gerlach, weil er die Waffe an den NSU geliefert hat, dann kommt das gefällte Urteil gegen André Eminger einem Freispruch gleich.

Dabei wurden nicht einmal „mildernde Umstände“ für dieses Urteil ins Feld geführt. André Eminger hat sich als Neonazi präsentiert, hat sich als Neonazi verhalten und hatte für diesen Prozess nur ein müdes Lächeln übrig. Und ganz am Schluss noch genug Platz für eine Pointe: Er kam als „Schwarzhemd“ in den Gerichtssaal wie einige seiner „Kameraden“ im Zuschauerraum.

Lassen wir nach fünf Jahren Verhandlung Zufall und Panne als Erklärung beiseite. Machen wir ebenso wenig Sympathien für diesen Neonazi auf seiten des Gerichts verantwortlich. Dann spricht für die folgende Hypothese fast alles: Man hat ihn wie einen V-Mann behandelt und ihn nur zum Schein verurteilt. Denn bei Anrechnung der Untersuchungshaft ist André Eminger mit Urteilsverkündung ein „freier Mann“, also ein gefeierter Neonazi ... und ein im juristischen „Stahlgewitter“ gestählter Top-V-Mann.

Dass ein V-Mann ganz Neonazi sein kann und darf, haben die über 40

weiteren (bisher enttarnten) V-Leuten im NSU-Netzwerk bereits bewiesen. Aber als freigelassene „Quelle“ wäre er das Sahnehäubchen auf diese Art der „Aufklärung“.

Die Pannen im NSU-VS-Komplex sind nichts anderes als die „heiße Spur“, die man über dreizehn Jahre nicht gehabt haben will

Dass „Quellenschutz“ jedes Strafrecht, jede Verfolgung, jede Aufklärung bricht, ist weder etwas Neues, noch etwas Skandalöses: Immer wieder wurde der Verweis auf „Quellenschutz“ dafür angeführt, dass man Wissen unterschlagen hatte, dass man Kenntnisse „geschwärzt“, Akten vernichtet und V-Leute (und V-Mann-Führer) nur eingeschränkt, also bedeutungslos hat aussagen lassen.

Und auch das, was man als „Panne“ wie eine Plastikente an der Schnur durch den NSU-Komplex zieht, war in den allermeisten Fällen eben keine Panne, sondern Ergebnis einer vielfach dokumentierten Abwägung zwischen polizeilichen Verfolgungs- und Geheimdienstinteressen.

Dass man dies bereits ganz zu Beginn der „Aufklärung“ im Jahr 2012 wissen konnte, ist keiner geheimen Quelle zu verdanken. Es war der SOKO Chef Gerhard Hoffmann, der im Fall Kassel 2006 hautnah erfahren hatte, wovon er spricht:

Mely Kiyak, die die besten Kolumnen in der Frankfurter Rundschau



veröffentlichte, gab aus dem Gedächtnis folgenden Dialog zwischen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses (UA) und dem SOKO-Chef Gerhard Hoffmann (GH) wieder:

„GH: Innenminister Bouffier hat damals entschieden: Die Quellen von Herrn T. können nicht vernommen werden. Als Minister war er für den Verfassungsschutz verantwortlich.“

UA: Er war doch auch Ihr Minister! Ist Ihnen das nicht komisch vorgekommen? Jedes Mal, wenn gegen V-Männer ermittelt wurde, kam einer vom Landesamt für Verfassungsschutz vorbei, stoppt die Ermittlung mit der Begründung, der Schutz des Landes Hessen ist in Gefahr. Aus den Akten geht eine Bemerkung hervor, die meint, dass man erst eine Leiche neben einem Verfassungsschützer finden müsse, damit man Auskunft bekommt. Richtig?

GH: Selbst dann nicht ...

UA: Bitte?

GH: Es heißt, selbst wenn man eine Leiche neben einem Verfassungsschützer findet, bekommt man keine Auskunft.“ (FR vom 30.6.2012)

Gerhard Hoffmann, Chef der „SOKO Café“ in Kassel, wusste genau, wovon er spricht: Die Polizei hörte den Geheimdienstmitarbeiter Andreas Temme über Wochen ab und brachte erstaunliche Deckungsarbeiten ans Licht. Doch genau diese erfolgreiche Aufklärungsarbeit wurde vom „Gesetz des Schweigens“

zugeschüttet, hintergangen und beiseitegeschafft.

Dieses außerordentlich profunde Wissen beschreibt eine gängige und illegale Praxis, und sie ist all denen kein Geheimnis, die dies als dienstliche Vorgesetzte decken und ermöglichen. Dazu gehört eine Staatsanwaltschaft, die die polizeilichen Ermittlungen „leitet“ also entsprechend blind macht. Dazu gehört das Innenministerium, das dem Geheimdienst vorsteht und die Entscheidung trifft, ob polizeiliche oder geheimdienstliche Interessen Vorrang haben. Zum Kreis der Eingeweihten gehören aber auch die parlamentarischen Kontrollgremien, die nichts wissen, nichts kontrollieren wollen.

All dies fand (und findet) nicht im Dunklen, im Ungewissen statt. Der besagte Chef der SOKO Café hatte alles nötig klar und unmissverständlich auf den Tisch gelegt.

Dass alles genau so weiterlief, wie der SOKO-Chef bereits 2012 skizzierte, wurde in den weiteren sechs Jahren „Aufklärung“ oft genug untermauert.

Es gab keinerlei Konsequenzen, diese illegale Praxis zu stoppen, die dienstlichen Anweisungen entsprechend zu ändern, die für diese Praxis verantwortlichen Innenminister zu entlassen. Und bis heute wurden die Gesetze nicht so gefasst, dass die Geheimdienste der Aufklärung nach-

kommen, für die man sie geschaffen hat.

Der Geheimdienst hat sein Wissen zu Deckung und Begehung von Straftaten genutzt und nicht zu deren Verhinderung. Und das nicht erst im NSU-Komplex. Das wurde zwar ab und an beklagt, aber bis zum Ende dieses Prozesses „hingenommen“, womit man das Strafrecht für V-Leute de facto suspendiert hat.

Staatsschutz

Ein Gericht kann – im besten Fall – nur das aufklären, was Gegenstand der Anklage ist. Es könnte und müsste aber eine Anklage zurückweisen, wenn sie mangelhaft begründet ist.

Ein Gericht kann, wie im Fall des NPD-Verbotsverfahren sogar das Verfahren mittendrin abbrechen, weil es zur Erkenntnis gekommen ist, dass der Staatsanteil an der NPD so groß und einflussreich ist, dass nicht mehr festzustellen ist, welchen Einfluss V-Leute in der NPD haben und was die NPD ohne diese wäre: „Also kann der Senat nicht beurteilen, welche Teile des ihm im Verbotsverfahren vorgelegten Materials von staatlich geführten V-Leuten stammen und welche nicht ...“

All dies ist einem Gericht möglich, wenn es sich unbeliebt machen will. Ein Staatsschutzsenat wie der in München ist jedoch dazu da, dass es diese

Überraschung nicht geben wird, dass es zuverlässig Staatsschutzinteressen vertritt und durchsetzt.

Nimmt das Gericht dies so hin, deckt es diese rechts- und straffreie Zone, dann kann, wie gesagt, nicht einmal eine Leiche etwas an dieser Praxis ändern.

Dann ist es nur folgerichtig, dass nach dem „Quellenschutz“ das „Quellenschutzprogramm“ folgt, wozu eben auch (weitgehende) Straffreiheit zählt.

Nun werden einige einwenden, dass André Eminger doch hart angefasst wurde, als das Gericht im September 2017 seine Inhaftierung angeordnet hatte. Genauso gut ist aber möglich, dass die allerbeste Tarnung eines V-Mannes die ist, wenn man ihn als Angeklagten behandelt und so unerkannt durch das Verfahren lotst.

André Eminger als geschützte „Quelle“

André Eminger war lange nicht nur in der Neonaziszene bekannt, sondern auch dem Geheimdienst. Zuerst dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), als André Eminger bei der Bundeswehr seinen Wehrdienst absolvierte. Im Jahr 2000 führte man ein Anwerbegespräch, um ihn als Spitzel zu gewinnen. Laut seiner eigenen Angaben habe er abgelehnt, da er kein „Kameradenschwein“ sei. Außerdem habe er sich schon lange von der Neonaziszene gelöst. Nachweislich sind mindestens 50 Prozent seiner Aussagen falsch.

Fest steht auch, dass er nach der Bundeswehr, ganz Neonazi blieb und Zielperson (ZP) des Verfassungsschutzes wurde. So ist zum Beispiel eine Aktion des Verfassungsschutzes in Sachsen bekannt, die „Operation Grubenlampe“, die im Jahr 2006 stattfand. Diese ist besonders speziell, denn sie führt zu der Wohnung in Zwickau, in die das „NSU-Trio“ abgetaucht war. Laut eines Observationsberichtes vom 7. Dezember 2006 wäre André Eminger von Zuhause zur Arbeit gefahren und danach auf direktem Wege wieder zurück.

Tatsächlich gab André Eminger am 11. Dezember 2006 gegenüber der Polizei an, in der Wohnung des „Trios“ gewesen zu sein, denn es habe dort am 7. Dezember 2006 einen Was-

erschaden gegeben. Die Wohnung wurde in der Tat von einem ganz engen „Kameraden“ angemietet: Matthias Dienel. Er war für das „NSU-Trio“ und André Eminger ein „echter Kamerad“. Eine der vielen „heißen Spuren“, die es nie gab, die es nicht geben durfte.

André Eminger gehörte zu den treuesten Kameraden des NSU. Er „betreute“ Beate Zschäpe bei ihrer vier-tägigen Flucht. Dies dokumentieren auch mehrere Telefonate zwischen ihr und André Eminger. Was man alles aus den Verbindungsdaten herauslesen kann, bleibt im Dunkel. Denn genau diese wurden gelöscht. Um diese „Panne“ perfekt zu machen, wurde auch die die automatisch angefertigte Sicherungskopie vernichtet.

Auch diese Panne verweist am allerwenigsten auf ein Versagen, sondern auf eine „heiße Spur“, die man über dreizehn Jahre nicht gehabt haben will.

André Eminger wurde bis zur letzten Minute geschützt, selbst im Gerichtssaal. Bitter und fassungslos führte die Nebenklage dazu aus:

„Eminger war verantwortlich für ein Fanzine, in dem für rassistische Morde geworben wurde, in dem rechtsterroristische Konzepte verbreitet wurden. Die Nebenklage hatte aus diesem Grunde auch beantragt, den Zwickauer V-Mann Ralph Marschner zu vernehmen, weil dieser Angaben zu den weiteren Aktivitäten Emingers hätte machen können. Dieser Antrag wurde von Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft vereitelt, das Gericht hatte kein Interesse an weiterer Aufklärung. Nun wird argumentiert, es gäbe keine weiteren Informationen dazu, dass Eminger von den Aktionen Zschäpes, Böhnhardt und Mundlos gehabt habe. Der Verfassungsschutz hat also erfolgreich die Aufklärung verhindert, dies führt im Ergebnis zu einer mildereren Verurteilung Emingers.“ (nsu-nebenklage.de vom 11. Juli 2018)

Im Klartext: Die Bundesanwaltschaft und das Gericht haben gemeinsam dafür gesorgt, dass eine Beweisführung unterbleibt, die das „Scheinurteil“ hätte gefährden können. Denn hätte eine solche Beweiswürdigung dazu geführt, dass André Eminger der „vierte Mann“ im NSU ist, dass V-Leute tatrelevant den NSU unterstützt und gedeckt haben, wäre die Anklage Makulatur und der Prozess geplatzt.

Ob André Eminger nur als sprudelnde „Quelle“ genutzt wurde, indem man ihn abhörte, indem man ihn observierte (und so am NSU dran war) oder indem man ihn als „Quelle“ führte, also bezahlte, könnte ja auch einmal durch „Zufall“ geklärt werden.

Wolf Wetzel


Weitere Recherchen zum NSU-VS-Komplex: wolfwetzel.de

Quellen: <https://www.nsu-watch.info/2014/12/die-legende-vom-trio-der-nsu-und-sein-netzwerk>
Das NPD-Urteil aus dem Jahr 2003: http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/bs20030318_2bv000101.html
Zur Operation Grubenlampe ein Beitrag vom „Querläufer“: <https://querlaeufer.wordpress.com/2018/07/20/die-grubenlampe-und-die-chance/>
<https://wolfwetzel.de/index.php/2018/09/03/der-nsu-jahrhundertprozess-und-ein-scheinurteil/>

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkenseiten.de/upload/podcast/180720_Der_NSU_Jahrhundertprozess_und_ein_Scheinurteil_NDS.mp3

Anzeige



Wolf Wetzel:
Der NSU-VS-Komplex
Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?
3. Auflage, Unrast Verlag 2015

„Ordnen, Recht durchsetzen, begrenzen“ Wie die EU ihre Außengrenzen „sichert“



Das Law-and-Order-Zitat in der Titelseite ist dem Statement entnommen, das der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller, am 6. September in einem Medieninterview anlässlich der Klausurtagung der Landesgruppe bei Berlin zum Asyl- und Migrations-thema abgab. Es passt zu dem, was die Europäische Union seit geraumer Zeit an verschärfter Asyl- und Migrationspraxis an den Tag legt. Weitgehend einig ist man sich dabei in den Zielen von Kontrolle, Abschottung und Abwehr. Anhaltende Probleme und Streitigkeiten gibt es z. B. bei der Frage der Lastenverteilung, wieviel Flüchtlinge und Schutzsuchende jedes EU-Mitglied aufnehmen und unterbringen soll. Hier gehen die Vorstellungen von „Obergrenzen“ bis zur Blockade weit auseinander. Man könnte sagen, dass einzelne EU-Staaten einen riesigen Hype veranstalten, je nach politisch-ideologischer Ausrichtung ihrer Regierungen, bei der Betonung der „Gefahr“, von Flüchtlingen quasi „überrollt“ und „überfremdet“ zu werden und die Dinge administrativ nicht mehr im Griff zu haben. Die wahre Sachlage dahinter ist dabei selten der vernünftige Faktenratgeber.

Wer kommt nach Europa?

Dabei ist die Zahl derer, die es schaffen, bis nach Europa zu gelangen, vergleichsweise gering, wenn man bedenkt, dass es nach Berechnungen des UNHCR-Flüchtlingshilfswerks und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) aktuell etwa 68,5 Millionen (2016: 65,6) weltweit Flüchtlinge gibt, von denen jedoch 85 Prozent Binnenflüchtlinge in einzelnen Ländern sind oder in benachbarte Länder flüchten, um in der Nähe ihrer Heimat zu bleiben. Zudem wirkt wenig überzeugend, dass eine im Vergleich wohlhabende EU mit mehreren hundert Millionen Einwohnern es offenbar nicht zu schaffen vermag, einige wenige Millionen Menschen zusätzlich aufzunehmen. Allein die Türkei hat ca. 3,5 Millionen geflüchtete Syrer, Iraker und Afghanen aufgenommen (und lässt sich das von der EU teuer bezahlen), weitaus kleinere Länder wie der Libanon über eine Million und Jordanien ca. 700.000, die meisten davon leben in riesigen Zeltstädten, dazu zum Teil noch unter Wüstenbedingungen. Der Anteil der Flüchtlinge in Deutschland beträgt gerade mal ungefähr 2 Prozent an der Bevölkerung. In Ost-Afrika existieren riesige

Flüchtlingslager in Äthiopien, Kenia und Uganda mit Zehntausenden Geflüchteten aus Somalia, Eritrea und dem Südsudan. Es sind Menschen, die vor Kriegen, Gewaltkonflikten, staatlicher und bandenmäßiger Gewaltwillkür in ihren Ländern flüchten. Aber auch Klimafolgen, Landfrage und ungleiche Einkommensverteilung treiben sie an. Viele haben kein Geld für teure Fluchten und brechen oft ohne jede wirtschaftliche Perspektive von ihrer Heimat ins Ungewisse auf, um unterwegs irgendwo zu stranden.

Eine historische „Hypothek“

Kriege und Konflikte in Afrika sind häufig noch Spätfolgen von Kolonialismus und Neokolonialismus, für die bestimmte europäische Länder wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, aber auch Deutschland (siehe Herrero-Massaker) eine nicht geringe historische Verantwortung tragen. Nun sind es nicht mehr die direkt kolonial Unterdrückten und Ausgebeuteten, die „Verdammten dieser Erde“, wie sie der algerische Arzt und Freiheitskämpfer Frantz Fanon einmal nannte und in seinem Buch beschrieb, sondern deren nachkom-

mende Generationen, die mit meist nur vagen, unklaren Vorstellungen und Erwartungen nach Europa streben. Der Zug der „Verdamnten“ und ihr Leid scheinen nicht abzureißen. Die EU versucht, bestimmte Länder in Afrikas Norden durch finanzielle Anreize, Ausbildung und Unterstützung von deren Polizei und die Aussicht auf Investitionsvorhaben dafür zu gewinnen, für Europa die Drecksarbeit bei der Kontrolle, Eindämmung und Abwehr der Flüchtlinge zu erledigen. Eine Politik der Einmischung unter dem Zeichen vermeintlicher „Bekämpfung von Fluchtursachen“. Dafür sind die Verhältnisse im Bürgerkriegsland Libyen, die meterhohen Doppelzäune in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an Marokkos Mittelmeerküste und die konsequente Schließung der Balkanroute und nun des zentralen Mittelmeerkorridors sprechende Zeugnisse. Doch Europa, wo man auf freien Welthandel und kapitalistisches Wachstum schwört, kann schwerlich Regierungen in Afrika glaubhaft in die Pflicht nehmen, ihren Menschen eine sichere Heimstatt zu bieten und auskömmliche Existenz zu ermöglichen. Zu sehr gehört gerade das o. g. Weltwirtschaftscredo zu den Faktoren, die Afrikas Probleme strukturell wesentlich mit bedingen und den Kontinent im Klammergriff des globalen Anlagekapitals und der Börsengeschäfte der Finanztransakteure in den Metropolen halten.

Der neue Nutzen

Afrika wurde bisher zuallererst gesehen und gebraucht als billiger Rohstofflieferant und offener Absatzmarkt mit inzwischen allerdings riesigen Investitionsperspektiven in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Der Kontinent hat jetzt schon über 1,1 Milliarden Bewohner, wird diese Zahl bis 2050 noch verdoppeln und bis 2100 voraussichtlich vervierfachen (Angaben nach Fischer Weltalmanach 2015). Eine Stadt beispielsweise wie Nairobi in Kenia war in den 1920er und 30er Jahren unter britischem Mandat noch ein beschauliches, provinzielles „Kaff“ mitten in der Savanne mit ca. 30.000 Einwohnern in einer Ansammlung von Hüttenbehauungen, Kolonialgebäuden und englischen Grundbesitzervillen, wo es nicht eine geteerte

Straße gab. Heute platzt sie mit mehr als drei Millionen Menschen, Büro- und Wohnhochhäusern, Stadtautobahnen und internationalem Flughafen aus allen Nähten. Wer nicht wie China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, jetzt mit ihrer Afrika-Offensive (60 Milliarden Dollar Investitionsvolumen ab sofort) handelt, wird später das Nachsehen haben. Bisher sind es von den ca. 400.000 Unternehmen in Deutschland lediglich etwa 800 (0,2 %), die in Projekte in Afrika investieren. Man scheut vor allem das Risiko der unsicheren politischen Lage in vielen Ländern. China finanziert und baut (meist mit eigenen Arbeitern) im Rahmen seiner Welt-handels-Initiative „Neue Seidenstraße“ in Afrika alles: Bürokomplexe, Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Staudämme, Rohstoffverarbeitungsindustrien, Produktionsstätten, Flughäfen, Wohnstädte, Schulen, Krankenhäuser usw. Angeblich, wie gerade auf dem China-Afrika-Gipfel in Peking mit 54 Teilnehmerstaaten aus Afrika von Staatschef Xi ausdrücklich betont wurde, ohne Gegenleistungen zu erwarten oder den Kontinent in die Abhängigkeitsverschuldung stürzen zu wollen. Doch das kleine Land Djibouti am strategisch wichtigen Ausgang des Roten Meers dankte dies schon mal mit der Gewährung der Stationierungsrechte für den ersten Militärstützpunkt Chinas außerhalb seiner eigenen Grenzen.

Zweifelhafte Partner an Europas Südflanke

Längst weiß auch die deutsche Bundesregierung aus den Berichten des Diplomatischen Dienstes des Auswärtigen Amtes genau Bescheid über die verheerenden, menschenunwürdigen Zustände in libyschen Gefängnislagern, wo Insassen misshandelt und gefoltert, Frauen vergewaltigt und zu Zwangsarbeit und Prostitution gezwungen werden und allseits Korruption herrscht. Doch Libyen ist Kooperationspartner der EU im Vorgehen gegen Flüchtlinge. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel plädierte auf dem EU-Gipfel am 28./29. Juni d. J. in Brüssel dafür, die korrupte libysche Küstenwache „ihre Arbeit ungestört“ machen zu lassen. Die neue rechte italienische Regierung unter einer Lega-/Fünf-Sterne-Koalition rüstete

die libysche Küstenwache vor kurzem mit 12 weiteren Schiffen aus, davon 10 Patrouillenschnellboote der eigenen Küstenwache und zwei größere Schiffe der Finanzpolizei. Unter der Vorgängerregierung hat Italien 2013 noch die rein italienische Marine-Hilfsmission „Mare Nostrum“ gegründet, um Bootsflüchtlinge zu retten und ausschließlich nach Italien zu bringen. Vorausgegangen war die Katastrophe des Untergangs eines lecken, überfüllten Flüchtlingsbootes zwischen der libyschen Westküste und der nur 300 km entfernten italienischen Insel Lampedusa, bei der auf einen Schlag über 600 Menschen ertranken. Die Zahl der mittlerweile so oder ähnlich Ertrunkenen liegt inzwischen bei über 12.000, genaue Daten gibt es nicht, die Dunkelziffer könnte noch viel höher sein. 2015 hat Italien die Aktion „Mare Nostrum“ wieder eingestellt. Die EU hat dafür die Marine-Mission „Sophia“ mit gemischter, darunter auch deutscher Beteiligung des Marine-Versorgers „Mosel“ ins Leben gerufen. Man wählte dafür ausgerechnet den Namen eines auf einem Rettungsschiff neugeborenen Flüchtlingsbabys. Die „robuste“ Hauptaufgabe von „Sophia“ ist nun die „Amtshilfe“ bei der Bekämpfung von Schleuseraktivitäten und Schlepperbanden entlang der libyschen Küste und die Ausbildung und Schulung der libyschen Küstenwache in Kontroll- und Sicherheitstechniken. Die Rettung Schiffbrüchiger ist dagegen nur noch Nebenzweck, wozu man laut internationalem Seerecht ohnehin verpflichtet ist. Der Unterschied ist, dass man nicht mehr ausdrücklich nach Flüchtlingen auf dem Meer sucht. Gleichwohl berichteten unlängst Sprecher der Mission, man habe seit ihrem Start ungefähr 40 bis 50.000 Menschen aus Seenot gerettet.

Schlüsselstellung Libyens

Es ist bekannt, dass die libysche Küstenwache bei der „ungestörten“ Ausübung ihrer Aufgabe mitunter rigoros bis nicht selten brutal zu Werke geht. Offiziere und Mannschaften stehen z. T. unter Verdacht, selbst in korrupte Abmachungen mit den Schleusern verstrickt zu sein. Flüchtlinge identifizieren immer wieder einzelne Küstenwächter der Beteiligung an Misshandlungen und Schiebung

gen, bis hin zum Menschenhandel. Es wurde von Aktivisten auf zivilen Rettungsschiffen beobachtet und berichtet, wie die libysche Küstenwache sogar auf Flüchtlingsschlauchboote mit Maschinenpistolen schoss, um sie zu versenken. Nicht selten werden die Schiffe der Nichtregierungs-Rettungsorganisationen zum Ziel für riskante Rammmanöver, wenn sie gerade Flüchtlinge aufnehmen wollen. „Sophia“-Schiffe halten sich im „Standby“ außerhalb der 12-Meilen-Zone und überlassen das, was dort abseits der Medienöffentlichkeit passiert, der libyschen Küstenwache.

Libyen ist seit Beginn des Bürgerkriegs 2011 als Folge des „Arabischen Frühlings“ und der Liquidierung von Machthaber al-Gaddafi mithilfe von französischen und britischen Luftschlägen zur Unterstützung von Aufständischen ein staatsloses, chaotisches Gebilde. Es gibt zwei konkurrierende Regierungen, eine weltlich orientierte im Westen und islamisch ausgerichtete im Osten des Landes, die sich auf miteinander verfeindete Milizen stützen und nur begrenzte Landesteile kontrollieren. Der Rest zerfällt in verschiedene Einflussgebiete bis zu solchen von kriminellen Banden und den von libyschen Untergruppen des Islamischen Staats gehaltenen. Nur die westliche Regierung in Tripolis, die lediglich bestimmte Küstenabschnitte und das Gebiet um die Hauptstadt beherrscht, ist international anerkannt. Sie kontrolliert nur 7 der 32 Gefängnislager für Flüchtlinge im ganzen Land. Auch die Hauptstadt Tripolis ist nicht sicher und erlebte gerade Ende August aufflackernde Häuserkämpfe rivalisierender Milizen, bei denen mindestens 49 Menschen ums Leben kamen. Energisch wehrt sich die Regierung in Tripolis bisher dagegen, auf ihrem Territorium lager-ähnliche „Transitzentren“ der EU einzurichten und schlägt auch finanzielle EU-Hilfe dafür im Gegenzug aus. Sie verhält sich damit ähnlich widerständig, Europas Außengrenzsicherung zu übernehmen wie Ägypten und die drei Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tune-

sien, die EU-Lager bei sich ablehnen und alle drei zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt wurden, um Flüchtlinge ohne Asylberechtigung aus der EU dorthin „rückführen“, d. h. abschieben zu können. West-Libyen bringt auf dem Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge zurück in die berüchtigten eigenen libyschen Lager, die gefürchtet sind. Das UNHCR schätzt, dass zur Zeit etwa eine Million Flüchtlinge in Libyen festsitzen.



Italiens neues Grenzregime zum Mittelmeer

Italien war vor der jetzigen Regierung mit seinen Häfen Hauptanlandepunkt für auf dem Mittelmeer gerettete Bootsflüchtlinge. Die neue italienische Koalitionsregierung von rechtsextemer Lega und populistischer Fünf-Sterne-Bewegung lehnt es seit Juni ganz ab, gerettete Flüchtlinge noch ins Land aufzunehmen, solange, wie ihr Innenminister Matteo Salvini von der Lega verkündete, bis die EU ihre Außengrenzen wirksam schützt. Salvini, der in US-Präsident Trump einen großen Bewunderer hat, hält nicht viel von Humanität, für ihn sind Flüchtlinge zynischerweise nur „Menschenfleisch“. Die Folge war eine Schließung der italienischen Häfen für zivile wie militärische Rettungsschiffe der Mission „Sophia“ und sogar die Boote der eigenen Küstenwache, Schiffe, die dennoch mit Geretteten anlanden wollten, wurden vor der Küste auf Reede liegend auf tagelange Wartepositionen gezwungen bis zum Eintreten kritischer Lagen an Bord für Kinder und Kranke, die an Land gebracht werden durften. Zugleich entfachten Italien und im Schlepptau auch der kleine Inselstaat Malta eine Kampagne

gegen die zivilen Rettungsschiffe verschiedener NGOs wie „Lifeline“, „Sea-Watch“, „SOS-Mediterranee“/„Ärzte ohne Grenzen“, „Jugend rettet“ u. a. Rettungsschiffe in Häfen wurden am Auslaufen gehindert, einzelne sogar beschlagnahmt. NGO-Erkundungsflugzeuge belegte man mit Startverbot. Schiffsführer wie der deutsche Kapitän Reisch von der „Lifeline“ klagte man vor Gericht an unter fadenscheinigen Vorwänden wegen unkorrekter Zulassungspapiere. Ihm drohen 1 Jahr Gefängnis und eine hohe Geldstrafe. Kapitänen und Besatzungen wird in kriminalisierender Weise „Kumpanei“ mit Schlepperorganisationen in Libyen vorgehalten. Systematisch wird versucht, die NGO-Schiffe von den sog. search-and-rescue-zones (Such- und Rettungszone) fernzuhalten. Im Juni/ Juli fuhr keines der insgesamt 12 zivilen Rettungsschiffe zu Einsätzen mehr aufs Meer hinaus. In nur zwei Wochen verloren währenddessen auf dem Mittelmeer etwa 7-800 Menschen ihr Leben durch Ertrinken. Bis August waren es in diesem Jahr insgesamt 1.500. Seit es neuerdings kontingentierte Abnahmezusagen mehrerer EU-Länder wie Spanien, Frankreich, Deutschland u. a. gibt, gestattet Italien teilweise wieder ein Anlanden, wenn es die Geretteten von anderen Staaten abgenommen bekommt. Ein erpresserisches staatliches Handeln zu Lasten von Schutzsuchenden.

EU-„Schutzwall“ in Sahelzone

Libyen als lange Zeit offener Durchgangskorridor ist für Flüchtlinge aus der im Süden angrenzenden Sahelzone und Subsahara-Region bis zur Äquatorial-Grenze zum Zielpunkt geworden. Zur Subsaharazone zählen Länder wie etwa Senegal, Liberia, Elfenbeinküste, Ghana und Nigeria. Im nordafrikanischen Abschnitt des „Krisenbogens“ von der Atlantikküste über die Sahara, den Nahen/Mittleren Osten bis nach Afghanistan und Pakistan liegen die Sahel-Staaten Mauretanien,

Mali, Niger, Tschad, Sudan (Darfur-Region), Südsudan und Eritrea, die zu den ärmsten des Kontinents gehören, wo rund 70 Millionen Menschen leben. Auf diese beiden Regionen richtet sich immer mehr das Augenmerk der EU. Auf einer internationalen Geberkonferenz Anfang September in Berlin, wurde beschlossen, die bisherige Finanzhilfe für die notleidende Bevölkerung in der Tschadsee-Region um weitere 1,7 Milliarden Euro aufzustocken. Die Sahel-Länder haben kaum entwickelte Ökonomien, wenig vorhandene lokale Industrie und Energieressourcen, nur mangelhafte Verkehrsinfrastruktur, dafür zum Teil gefragte Bodenschätze wie Gold (Mali), Uran, Erze (Niger), Öl (Tschad mit Pipeline zum Golf von Benin) und Lithium, das Europa braucht für die Batterien seiner E-Mobile. In einzelnen Ländern gibt es sporadisch EU-Pilotprojekte, die nationale Wirtschaft zu beleben und Produktionsstätten wie den Cashew-Nüsse-Anbau in Mali zu fördern. Doch oft verlassen die EU-Teams nach dem Anschlag diese Projekte wieder, deren Beschäftigte dann allein zurechtkommen müssen, wo es an allem fehlt: an Bedienpersonal für die Maschinen, an Ersatzteilen, an Vertriebsnetzen, Transportmitteln usw. Im Fall der Cashew-Fabrik legten die Beschäftigten ihre Ersparnisse zusammen, um den Betrieb fortzuführen. Die Menschen (über-)leben von Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgung), Kleinhandel auf Märkten, etwas Viehzucht, auch vom Tourismus und dem Geld, das emigrierte Angehörige aus dem Ausland transferieren. Die Arbeitslosenquote liegt inoffiziellen Schätzungen (es existieren keine verlässlichen Statistiken) nach bei über 50 Prozent. Es mangelt an sauberem Wasser und elektrischem Strom. In Abwanderung und Binnen- wie Außenmigration aus ökonomischen Gründen („Wirtschaftsflucht“) sehen viele ihre einzige Chance. Wer es in den industrialisierten (europäischen) Norden schafft, Aufnahme und Arbeit findet, unterstützt von dort die Angehörigen zuhause. Wer unterwegs scheitert, gilt in den Großfamilien oft als Versager und kann sich nicht mehr zuhause sehen lassen. Ein besonderes zusätzliches Stigma für jene, die als Asylsuchende abgewiesen und zurückgeschickt werden.

In Mali sind im Rahmen der UN-Mission MINUSMA neben 1.000 fran-

zösischen Soldaten (urspr. 2.500) auch etwa 1.100 deutsche Soldaten eingesetzt, die für Sicherheit und Schutz gegen islamistische Rebellen sorgen sollen. Die EU unterhielt von 2014 bis 2016 die Trainingsmission EUTM Mali zur Ausbildungsunterstützung und Beratung der Armee. Seit 2015 gibt es EUCAP Sahel Mali als zusätzliche Trainingsmission für die Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde. Nach Aussagen Einheimischer habe dies jedoch das Land nicht sicherer gemacht. Die deutschen und anderen UN-Soldaten, heißt es, würden nur sich selbst schützen. Stark nachgefragt sind Sicherheits- und Kontrolltechniken, deren Industrie ist neben dem Flüchtlingsgeschäft der boomende Milliardenmarkt im Norden Afrikas, die sogar die Tourismusbranche an Bedeutung verdrängt haben. Europäische und andere Anbieter von Kleinwaffen und Überwachungs-High-Technik sind auf den Messen dort präsent, wo man gegen gutes Geld so gut wie alles bekommt, was die Regierungen begehren. Die Lieferanten haben begrifflicher Weise kein erhöhtes Interesse an einer verbesserten Sicherheitslage.

Das Flüchtlingsgeschäft in Agadez

In der Republik Niger als wichtigem Transitland (Durchgang für 80 % aller Flüchtlinge nach Libyen) ist die Lage für Flüchtlinge besonders prekär und lebensbedrohlich. Hier ist die EU auf mehreren Ebenen zu deren Abwehr aktiv. Sie finanziert mit Millionenbeträgen die Ausrüstung und Schulung der nigrischen Grenzpolizei, stattet sie mit modernen Pickup-Kleinlastwagen aus, auf denen Maschinengewehr-Lafetten montiert sind. Sie hat ferner in der Wüstenstadt Agadez (rd. 125.000 Einw.), einem traditionellen Knotenpunkt im Zentrum des Landes von Karawanen aus der Zeit des Sklavenhandels, EU-„Transitzentren“ im Stil des Seehofer-Migrationsplans eingerichtet. Sie sollen Flüchtlinge erfassen, registrieren, in Auffanglager weiterleiten oder nach Prüfung von Asylersuchen für europäische Länder bei Aussichtslosigkeit möglichst gleich zurückweisen. Dazu arbeiten dort von EU-Fachpersonal ausgebildete afrikanische Mitarbeiter. Wer das weiß, umgeht diese Stellen

von vornherein, riskiert dann aber, wo man hinkommt, sofort eine „unerwünschte Person“ zu sein und etwa in Libyen interniert zu werden. Mit Flüchtlingstransporten lässt sich viel verdienen und so sind viele kleine örtliche Transportunternehmer und Pickup-Besitzer in das Schleusergeschäft verwickelt, was es ziemlich unüberschaubar macht. Eine Zeitlang kaufte ihnen die EU ihre Pick-ups ab und stellte sie am Stadtrand von Agadez sicher, doch davon ist man wieder abgerückt. Die wenigen befahrbaren Sandpisten Richtung Norden nach Libyen werden inzwischen von der Polizei scharf bewacht und durch ständige Patrouillen kontrolliert. Ein Durchkommen ist nur noch auf gefährlichen Umgehungen der Kontrollpunkte möglich. Die Flüchtlinge besteigen die Pick-ups der Schleuser außerhalb der Stadt, manchmal bis zu 50 Personen pro Fahrzeug. Pro Person kann dies bis zu mehrere hundert oder tausend Dollar kosten. Nachts wird versucht, die Polizeikontrollen zu Fuß zu umgehen. Viele haben sich dabei schon verirrt und wurden nie wieder gesehen. Andere geraten in plötzlich aufkommende Sandstürme oder Starkregenfluten und kommen dabei um, wenn sie orientierungslos von Schleusern, die sich allein absetzen, im Stich gelassen werden. Täglich gibt es neue Berichte über Tote und Vermisste aus der vergangenen Nacht. Ein Flüchtling in Agadez beschreibt die Tragödie gegenüber dem Team des ARD-TV-Magazins *Monitor* so: „Die Toten auf dem Mittelmeer sieht man, die Toten in der Wüste sieht man nicht.“ Und ein anderer fügt hinzu: „Die europäischen Staaten sollten aufhören damit, den Diktatoren der Region und ihren korrupten Polizeibehörden viele Millionen Euro für ihre Kooperation zu bezahlen.“ Warum die EU stattdessen diese Gelder nicht für sichere Wege des Fortkommens und eine menschenrechtliche, menschenwürdige Asylpraxis einsetzt, erschließt sich vernünftiger Überlegung nicht.

Kanzlerin Merkel auf Subsahara-Besuchstour

Dem Zweck u. a. solcher „Kooperationen“ mit afrikanischen Regierungen, deren Führer bisweilen nicht gerade bestbeleumundet sind, diene

auch Merkels Good-Will-Reise im August durch die Subsahara-Länder Senegal, Ghana und Nigeria, wo zusammen über 215 Millionen Menschen leben. In allen drei Ländern liegt das jährliche Wirtschaftswachstum über fünf Prozent. Begleitet wurde sie dabei neben ausgewählten Berliner Journalist*innen und deutschen Wirtschaftsvertretern auch von CSU-Entwicklungsminister Gerd Müller. Er fordert schon länger einen umfassenden „Marshallplan“ für Afrika, einen EU-Afrika-Kommissar und deutlich mehr Investitionen, freilich ohne das kapitalistisch-imperialistische System dabei in Frage zu stellen. Im ZDF-morgenmagazin vom 30. August sagte er: „In den nächsten 10 Jahren wird in Afrika mehr gebaut als in ganz Europa in den letzten 100 Jahren.“ Bei der Verabschiedung seines Etats

für Entwicklungszusammenarbeit im Bundestag Anfang Juli, musste Müller noch eine empfindliche Kürzung von rund 1 Milliarde Euro hinnehmen. Die Mitarbeiterin Brigitte Erler im Entwicklungsministerium von Erhard Eppler (SPD) während der letzten Schmidt-Genscher-Regierung, quittierte schon Anfang der 1980er Jahre ihren ministeriellen Dienst, weil sie unter Beschreibung der Mechanismen solche Art der Hilfe als „tödlich“ bezeichnete und nicht länger daran mitwirken wollte. (Brigitte Erler: „Tödliche Hilfe“). Die genannten drei Länder sollen Millionen Euro an staatlichen Hilfen erhalten. Für Ghana und Nigeria stellte das Delegationsmitglied von Volkswagen zwei Fertigungsstätten für Fahrzeugteile in Aussicht. Nigeria ist mit 188 Millionen Einwohnern Afrikas bevölkerungsreichstes Land mit zweitstärkster Wirtschaftsleistung des Kontinents hinter Südafrika. Es verfügt neben Staaten wie der Demokratischen Republik Kongo (vorm. Zaire), Südafrika und Tansania mit über das aussichtsreichste Entwicklungspotenzial und ist größtes, afrikanisches Erdölförderland an 12. Weltposition. Trotz der reichen Ölvorkommen und zahlreicher Bodenschätze kann das Land seine vielen Menschen nicht genügend ernähren und mit Arbeit versorgen.

Der dünner besiedelte Norden ist teilweise Operationsgebiet der islamistischen Boko Haram-Milizen. Durch die Verschmutzung des Grenzflusses Niger steuert das Land einer riesigen Umweltkatastrophe entgegen. Über weite Abschnitte führt einer der längsten afrikanischen Flüsse mit seinem einst großen Fischreichtum, der vielen Familien Brot und Existenz sicherte, keine Fischbestände mehr und ist zur stinkenden Ölkloake verkommen.



Verschärfung des EU-Asyl- und Migrationsregimes seit 2015

Die Veränderungen bei der europäischen wie auch deutschen Asyl- und Migrationspolitik sind nur nachzuvollziehen und zu verstehen vor dem Hintergrund der Entwicklungen in diesem Punkt seit etwa Spätsommer/Herbst 2015, als über 1 Million Flüchtlinge über die sog. Balkanroute nach Europa kamen. Dass da ein großes Problem auf die Länder der EU zukommen könnte, ist jedoch schon seit mindestens 2012/13 absehbar und lange geschah nichts, sich darauf vorzubereiten und gefasst zu sein. Deutschland nahm damals im Zug einer humanitären Geste, verkörpert in Kanzlerin Merkels Willkommenssatz „Wir schaffen das“, auf einmal fast 900.000 Menschen auf, die nach und nach aufs ganze Land auf teils provisorische Flüchtlingsunterkünfte verteilt wurden. Das deutsche Asylrecht wurde auf die Masse bezogen zunächst auch noch relativ großzügig ausgelegt und gehandhabt, anderes zu erwarten wäre wegen der großen Zahl von den zuständigen Behörden auch kaum realistisch und leistbar gewesen. Doch zum Teil schlug die gastfreundliche Stimmung in der Bevölkerung unter einer massiven, irra-

tionalen, Angst schürenden rechtspopulistischen Einflussnahme („Asyl-Tsunami“, AfD) bald um, so dass jene bald lauter und fordender wurden, die dem Flüchtlingszuwachs im Land einen Riegel vorschieben und die weitere Aufnahme von Schutzsuchenden gestoppt sehen wollten. Dadurch beeinflusst mehrten sich die Stimmen jener bürgerlichen Politiker*innen, die die Frage der Kontrolle, Lenkung und Begrenzung, also des law-and-order, immer deutlicher ideologisch thematisierten und einseitig rhetorisch zuspitzten. Dies geschah im Blick auf die Landtagswahlen von 2015/16 und dann auch auf die Bundestagswahl 2017. Das „besorgte“, präventive Reden der Politiker*innen der demokratischen Mitte gemäß der Stimmungslage im Volk half, wie die Wahlergebnisse dann alar-

mierend zeigten, alles nichts, die in einem erstarkenden Rechtstrend der etablierten Mitte-Ideologie eine Abfuhr nach der anderen bescheinigten. Dabei hatte die EU 2015 mit verschiedenen eingeleiteten Maßnahmen schon ein deutliches Zeichen des Kampfes gegen Flüchtlinge gesetzt: **a.** durch den EU-Türkei-Pakt, gegen Zahlung von drei Milliarden Euro an den Erdogan-Staat, über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei zu halten, sie am Weiterreisen nach Europa zu hindern und keine weiteren aufzunehmen; **b.** durch die robuste „Sophia“-Marinemission; **c.** durch die Blockade der Balkanroute, in dem die Orban-Regierung die ungarische Südgrenze abriegelte; **d.** durch eine deutliche Stärkung und Ausweitung der Aktivitäten der EU-Grenzschutz-Agentur Frontex. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Schritte in einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen niederschlagen würde, wie es dann auch seither Jahr für Jahr geschieht. Waren es 2015 noch 890.000 nach Deutschland eingereiste Asylsuchende, ging diese Zahl 2016 zurück auf 280.000 und 2017 weiter herunter auf 187.000, das sind vier ausverkaufte große Fußballstadien in ganz Deutschland! (Zahlen: Sozialistische Zeitung).

Bundestagswahl 2017 und Seehofer-Kampagne

Der Schock über die z. T. starken Verluste der großen bürgerlichen Volksparteien und dafür das massive Erstarken bundesweit der rechts-extremen AfD bis zu zweistelligem Prozentanteil bei den Wählerstimmen und mit 92 Abgeordneten im Berliner Reichstag, zeigte eine tiefe Wirkung. Erst im zweiten Versuch gelang nach vergeblichen „Jamaika“-Bemühungen für ein Regierungsbündnis Schwarz-Gelb-Grün eine Regierungsbildung im Frühjahr 2018 zwischen der Union und SPD zu einem Neuaufguss einer Großen Koalition statt gefürchteter Neuwahlen, obwohl gerade diese drei Parteien vom Wahlvolk eine bittere Niederlage bereitet bekamen. Das führte geradewegs zu einer weiteren Verschärfung der politischen Stimmungslage und einem Ausschlag des Pendels der Unzufriedenheit weiter nach rechts, wo eine vermeintliche „Alternative“ für Deutschland lauert, die keine demokratische ist. Das Thema Asyl und Migration bietet sich wegen seines Querschnittscharakters als Mix aus demographischen, außen-, innen-, rechts- und sozialpolitischen Aspekten geradezu an, von einer rechten politischen Kraft aufgegriffen und bedient zu werden. Seehofer sprach jüngst von Migration als „Mutter aller Probleme“. Alexander Gauland, einer der beiden Köpfe der AfD-Führung, drückte das Dilemma der bürgerlichen Großparteien sinngemäß in der Feststellung aus, die Kanzlerin Merkel

sei, solange es sie gäbe, die beste Existenzsicherung der AfD.

Doch der wirkliche Angriff erfolgte aus der rechten „demokratischen Mitte“. Der medial aufgebauschte, angebliche „BAMF-Skandal“ in Bremen, eine Außenstelle der Migrations-bundesbehörde habe in großem Stil zugunsten von Asylbewerbern Verfahren manipuliert (Stichwort: „Abschiebe-Verhinderungs-Industrie“), und der, wie sich inzwischen herausstellte, keiner war, brachte alles ins Rollen. Nicht lange nach Bildung der Union-SPD-Regierung brach der neue CSU-Innen- und Heimatminister Seehofer unionsintern einen beispiellosen politischen Streit vom Zaun gegen die CDU-Kanzlerin über die „richtige“ Regierungsmethode in der Asyl- und Migrationspolitik. Er trug auch pathologische Züge einer ausgetragenen persönlichen Fehde, so als hätte es den verschärfenden Vorlauf in der EU unter maßgeblicher Initiative von Merkel nicht gegeben. Doch offensichtlich reichte dies Seehofer und seiner CSU noch immer nicht. In Bayern steht die CSU vor dem (sicher verkräftbaren) „Abgrund“ des abermaligen Verlusts der absoluten Mehrheit wie schon 2008 mit Umfragewerten im düsteren Keller von ca. 38 bis 40 Prozent bei der anstehenden Landtagswahl am 14. Oktober d. J. Die AfD wartet dagegen aus dem Stand mit einer deutlich zweistelligen Ergebnisprognose für sich auf. Dies dürfte der schmerzhaftere Stoß sein, den es aus Sicht der populistischen CSU auszuhalten gilt, rechts von sich eine extreme Partei groß werden zu sehen (zusehen zu müssen), was nach dem

„heiligen“ Wort des Franz-Josef Strauß aus dem Wahlkampf 1986 nie geschehen dürfte. Die CSU kann sich dennoch eher gelassen darauf einstellen, künftig vielleicht mit den Freien Wählern und Wählerinnen zu koalieren, die laut Umfragen bei 9-10 Prozent der Stimmen stehen, tummeln sich dort überwiegend doch nur enttäuschte und ausgetretene CSU-Funktionäre und Wähler*innen, die wissen, wie Macht in der CSU funktioniert. Ministerpräsident Söder bemüht sich derweil um ideologische Schadensbegrenzung und preist die CSU in seinen Verbalattacken gegen die AfD als die bessere rechte „Alternative“ an.

CSU „rockt EU“

Mit einer ihn treibenden CSU-Spitze (Ministerpräsident Söder; Landesgruppenchef Dobrindt) im Rücken bzw. Nacken, setzte Seehofer in seinem politischen Amoklauf Merkel als Protagonistin der „Einheit der EU“ massiv unter Druck und auf EU-Ebene unter ultimativen Zugzwang. Spätestens auf dem bevorstehenden EU-Gipfel am 28./29. Juni d. J. sollte sie zu einvernehmlichen Regelungen zu Asyl und Migration mit den europäischen Partnern im Sinne seines geheim gehaltenen „Masterplans Migration“ gelangen, den nur Seehofer und Merkel offenbar kannten. Es half der Kanzlerin nichts, im Streit zu versichern, dass sie mit 62 ½ der 63 Einzelpunkte des Plans ohnehin übereinstimme. Der halbe Punkt war das Zünglein an der Waage, er betraf das reklamierte Vorrecht Seehofers, notfalls im nationalen Alleingang das Heft des Handelns zu ergreifen und Flüchtlinge direkt an der Grenze abzuweisen. Da dies die „Richtlinienkompetenz“ der Kanzlerin unterminierte, konnte sie sich das nicht bieten lassen und verkündete ihrerseits, ein Mitglied ihres Kabinetts (ohne einen Namen zu nennen), das dieser Kanzlerinkompetenz zuwider handeln würde, müsse sie folglich entlassen. Da hatte Seehofer schon selbst mit seinem Rücktritt gedroht und zog sich durch Rücktritt vom Rücktritt aus der Affäre. Nachdem ihm einige wichtige Parteifreunde in München klaurmäßig arg ins christliche Gewissen geredet haben müssen, nicht so leichtfertig die Finger von der innenministeriellen Macht zu lassen. Vor allem

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

CSU-Landesgruppenchef Dobrindt akzeptierte Seehofers Rücktrittsmänöver nicht. Ein vorzeitiger Abgang Seehofers hätte zudem die Koalition vermutlich gesprengt.

Mit seinem verwirrenden, man könnte auch sagen verantwortungslosen, „Rücktritts“-Spiel hatte Seehofer nicht nur die Union, sondern auch die Koalition an den Rand einer schweren Regierungskrise manövriert. Es konnte der SPD als bis dahin stiller, teilnehmender Beobachterin (SPD-Parteichefin Nahles gegenüber der Presse: „Ich kommentiere keinen Plan, den ich nicht kenne“) nicht mehr genügen, als Zeichen der Präferenz für eine gemeinsame Europa-Lösung in der Migrationsfrage nur die Europa- statt der Deutschlandfahne auf dem Dach der Berliner Willy-Brandt-Parteizentrale zu hissen. Das demonstrative EU-Flagge zeigen bedeutete: Keine Lösung im Asylstreit im nationalen Alleingang, sondern nur in gemeinsamer EU-Abstimmung, womit die SPD Merkel den Rücken stärkte und keine Verfahren, die Flüchtlinge in lagerähnliche, geschlossene Verwahrung zwingen würde. Dazu legte die SPD noch einen eigenen Fünf-Punkte-Plan vor. Es gelang Merkel, in Brüssel mit 14 (16) der EU-Mitgliedsländer Absprachen und Zusagen über Entgegenkommen bei der Frage der Rücknahme von mehrfachen Asylantragstellern gemäß dem verpflichtenden Dublin-III-Abkommen zu erzielen, d. h. Rückführung in das EU-Land, wo der Asyl-Erstantrag gestellt wurde. (Anm.: Merkel hält inzwischen Dublin-III angesichts der Weigerung so vieler EU-Staaten, Flüchtlinge zurückzunehmen, nicht mehr für realistisch und praktikabel und nur noch auf freiwilliger Basis möglich!). Es folgten als Gesamtergebnis die denkwürdigen Brüsseler Beschlüsse, die ein gemeinsames europäisches Vorgehen bei Asyl und Migration abstecken und im Einzelnen festlegen. Merkel gab dies als „wirkungsgleich“ mit Seehofers und der CSU Forderungen aus und lenkte in einen Kompromiss mit Seehofer ein, der sich darauf nur unter Vorbehalt einließ und zunächst weiter meckerte und stichelte, bis er von sich aus den Streit deutungshoheitlich für beendet erklärte. In der CSU frohlockten einige wie Ludwig Thomas „Münchener im Himmel“ und sprachen wie der Parteivize Manfred Weber

davon, dass die CSU „Europa gerockt“ und auf ihren Kurs eingeschworen habe. Der Publizist und Gründer des Politmagazins *Cicero*, Wolfram Weimer, meinte am 1. 7. im *ARD-Pressclub*, die EU-Beschlüsse trügen eine Textur zwischen CSU und AfD, die EU habe die CSU rechts überholt.

Die Beschlüsse von Brüssel

I. Lager innerhalb Europas: EU-Länder sollen auf freiwilliger Basis Zentren errichten, in denen Flüchtlinge aufgenommen werden. In diesen Lagern soll entschieden werden, wer in Europa bleiben darf und wer nicht. Die Flüchtlinge mit Bleiberecht sollen dann auch auf freiwilliger Basis von anderen EU-Staaten aufgenommen werden. In den vom EU-Rat veröffentlichten Beschlüssen wird von „kontrollierten Zentren“ gesprochen, die es erlaubten, schnell und sicher zu unterscheiden zwischen irregulären Migranten, die zurückgeschickt werden und jenen mit internationalem Schutzbedürfnis.

II. Lager außerhalb Europas: Die Staats- und Regierungschefs fordern die EU-Kommission auf, schnell Konzepte regionaler Plattformen zu prüfen, „in enger Zusammenarbeit mit relevanten Drittstaaten sowie dem UNHCR und IOM“. Diese Zentren in Drittstaaten sollen auf dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aufnehmen, statt diese nach Europa zu bringen. Internationales Recht soll eingehalten werden. Allerdings ist noch unklar, wo diese Zentren entstehen sollen. So hatten sich die meisten Infrage kommenden Länder bereits im Vorfeld gegen eine solche Lösung ausgesprochen.

III. Asylbewerber innerhalb Europas: Bei der Vermeidung der sog. Sekundärmigration von Flüchtlingen innerhalb Europas heißt es im Abschlussdokument, diese gefährde das gemeinsame europäische Asylsystem und die Schengenerrungenschaften. Die EU-Staaten sollten deswegen internationale Maßnahmen ergreifen und außerdem eng zusammenarbeiten, um dies zu verhindern.

IV. EU-Außengrenzen sichern: Die Grenzschutz-Behörde Frontex soll besser aufgestellt und mit einem stärkeren Mandat ausgestattet werden, um die Außengrenzen Europas besser zu schützen. Für die Außengrenzensiche-

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 200 Sommer 2017, 32 S.

- Zu internationalen Tendenzen
- Volksparteien in der Krise
- Politische Sammlungsbewegungen als Reaktion auf die Krise der Volksparteien
- Wie kann die AfD bekämpft werden?
- Bericht aus dem Vereinigten Königreich
- Johann Georg Elser – ein Nichtangepasster

Nr. 199 Frühjahr 2017, 32 S.

- Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie
- Schwierige Regierungsbildung
- Zur Regierungsbildung im Bund
- Demokratie: Dekor, Transformation und Hoffnung
- SPD und GroKo – nein – vielleicht – ja
- Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft – aber doch nicht im Ernst?!
- Zur Lage der Gruppe
- Macrons Großmachtplan
- Tschechische Linke: Was nun?
- Sozialismus der Steppe
- Zu den Wahlen in Chile

Nr. 198 Winter 2017/2018, 40 S.

- Das bedingungslose Grundeinkommen
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Bundestagswahlen 2017
- Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand
- Nordkorea und die Atombombe
- Österreich nach der Wahl: neoliberaler Rechtsradikalismus
- Zu Ernesto Che Guevaras Tod vor 50 Jahren

Nr. 197 Herbst 2017, 32 S.

- Zur Bundestagswahl
- Die AfD vor der Bundestagswahl
- Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel
- Das Kreuz mit der Tarifeinheit
- Geist der Wehrmacht
- Soziale Bauernrevolution
- Die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org



zung sollen die Hilfen für die Sahel-Region und die libysche Küstenwache aufgestockt werden. Andere Schiffe im Mittelmeer sollen die Arbeit der libyschen Küstenwache nicht behindern, heißt es in den Beschlüssen.

V. Gelder für Aufnahmestaaten: Der Europäische Rat gab eine zweite Tranche über 3 Milliarden Euro frei, die der Türkei für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge zugesagt wurde. Auch einigten sich die EU-Staaten auf den Transfer von 500 Millionen Euro aus dem EU-Entwicklungsfonds in den Treuhandfonds für Afrika. In der Erklärung wird die Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten u. a. bei der Bekämpfung von Flüchtlingsursachen durch Stärkung von Bildung, Gesundheitswesen, Innovation, Infrastruktur und guter Regierungsführung betont. (Zusammenfassung des Tele-Textes MDR-Hintergrund v. 17.7.2018).

Ein „Tor zu Europa“?

In der EU wird ein Streit ausgetragen über die Art und Weise der Handhabung von Asyl und Migration. Auf der einen Seite stehen die Pro-EU-Länder, die wenigstens den Rahmen rechtsstaatlichen Vorgehens wahren und das Asylrecht nicht ganz aufgeben, aber klar verschärfen wollen. Dazu zählen etwa Spanien, Frankreich, die Beneluxstaaten Belgien und Luxemburg und Deutschland. Auf der anderen Seite formieren sich (wenig einig) Staaten wie die Niederlande und Dänemark, wo konservative Parteien in Koalitionen mit rechtspopulistischen Partnern unter Druck stehen. Dazu gesellen sich die grundsätzlich migrationsfeindlichen

Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, die ohnehin so gut wie nie Flüchtlinge aufnehmen und nun im rechten Konzert mit diesen auch Österreich und Italien. Die rechtsnationale österreichische ÖVP-FPÖ-Regierung unter Kanzler Kurz hat für Österreich seit dem 1. Juli für ein halbes Amtsjahr auch den EU-Ratsvorsitz inne, was Kurz zwar etwas bremsen dürfte, aber nicht davon abhält, weiter eine harte Haltung contra Asyl und Migration einzunehmen. Kurz wird am 20. September in Salzburg Gastgeber des nächsten EU-Gipfels zu Flüchtlingen sein. Im bisher eher flüchtlingsfreundlichen, liberalen Schweden ist bei den Parlaments-Wahlen vom 9. September ein Abschneiden der rechten „Schweden-Demokraten“ zu verzeichnen als drittstärkster Kraft knapp hinter den konservativen „Moderaten“ (19,8 %) und noch deutlich hinter den mit den Grünen bisher koalierenden Sozialdemokraten, die 28,3 % erhielten. Doch die im Ergebnis erzielten 17,7 Prozent der Rechtspartei reichen aus, eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung zu blockieren. Die Selbstblockade der EU hat zu „Lösungen“ geführt, die nur einen scheinbaren Ausweg aus dem hoch gepuschten „Flüchtlings-Dilemma“ bieten und die Probleme lediglich verlagern. Dadurch werden die EU-Außengrenzen faktisch nur weiter nach Süden jenseits des Mittelmeers verlegt, wo die EU in der Sahel-Zone einen neuen unsichtbaren „Schutzwall“ errichtet. Die ergriffenen Maßnahmen und mit einzelnen afrikanischen Ländern der Region getroffenen politischen Absprachen und wirtschaftlichen Vereinbarungen werden von Kanzlerin Merkel nur allzu gerne auch unter dem Label der „Bekämpfung von Fluch-

tursachen“ verkauft. Tatsächlich ist es wohl so, wie es die Präsidentin der evangelischen Hilfsaktion „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Wetzels, unlängst formulierte: „Vieles von dem, was an Fluchtursachenbekämpfung verkauft wird, ist in Wirklichkeit Flüchtlingsbekämpfung.“ (ARD-Tagesschau, 9. 8.).

Die Europäische Union als Nachfolgerin von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischer Gemeinschaft (EG), die für das einigende Friedenswerk in Europa nach 1945 2012 noch den Friedensnobelpreis verliehen bekam, hat in der aktuellen Flüchtlingskrise auf breiter Linie versagt und macht sich täglich mitschuldig am Tod vieler Flüchtlinge. Auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa wurde im Gedenken an die vielen Ertrunkenen von 2013 ein übergroßes Steinmonument in Form eines Rundbogens errichtet, das den Namen „Tor zu Europa“ erhielt. Es ist inzwischen zum Mahnmal gegen eine Festung Europa geworden.

EK/HB, 11. 9. 2018

Literatur/Quellen, u. a.:

ARD-Monitor-Dokumentation

„Grenzen dicht! (2018)

BBC-Dokumentation

„Afrikas Flüchtlinge“ (2018)

Teletext-Seiten verschiedener Sender des öffentlich-rechtlichen Fernsehens

Interview in WDR 5 am 25.7. mit dem

„Lifeline“-Kapitän Claus Uwe Reisch, in:

SoZ Nr.9/September 2018,, S. 5

Rolf Hofmeier und Andreas Mehler (Hg.):

Kleines Afrika-Lexikon. Politik – Wirtschaft

– Kultur. München 2004.

Rote Fahne. Magazin der MLPD, Nr. 15,

20. Juli 2018, Schwerpunkt: Masterplan

für eine kämpferische und fortschrittliche

Flüchtlingspolitik, S. 12-29

SoZ, Sozialistische Zeitung, Nr. 9, Septem-

ber 2018 (Schwerpunkt: Flucht, S. 15-18)

Mit der Arbeiterpolitik auf dem „Weg von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution“

Bremen als Experimentierfeld von Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung

Es gehört zum Verständnis der Bremer Arbeiterbewegung, dass sie in eigenartiger Weise zum Erprobungs- oder auch Bewährungsfeld so vieler wichtiger Gestalten der deutschen Politik geworden war: nicht nur Friedrich Ebert und Wilhelm Pieck hatten dort gewirkt. Zum Charakteristikum der Bremer Arbeiterbewegung gehörte auch, dass in ihr die auf eigenwillige Art ‚marxistisch‘ orientierten Gruppen sehr regsam waren. Während des ersten Krieges hatten die ‚Linksradikalen‘ – links von Rosa Luxemburg – in der ‚Arbeiterpolitik‘ ihr eigenes Blatt. Kaisen stand nicht in dieser linken Tradition, als er nach Bremen kam. Er blieb ‚Mehrheitssozialist‘, auch als diese Bezeichnung vor Ort mehr einem Wunsch entsprach, als eine Wirklichkeit widerspiegelt. Er hatte sich nach 1933 von illegaler Arbeit ferngehalten. Aber er war selbstverständlich dabei, als die ‚Kampfgemeinschaft‘ (gegen den Faschismus) unmittelbar nach Kriegsende an die Öffentlichkeit trat und offen war für vertrauensvolle Zusammenarbeit mit denen, die aus der linken Ecke kamen.¹

So beschreibt Willy Brandt in „Mein Weg 1930–1950“ die Situation und die Lehren aus einem Konflikt, der nach 1916 die deutsche Arbeiterbewegung spaltete. Und erneut wurde Bremen auch nach 1945 zu einem Experimentierfeld von Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung. Ist es nur Zufall, dass Brandts ältester Sohn Peter diese Ereignisse 1976 zum Thema einer intensiven, wegweisenden Untersuchung über „Antifaschismus und Arbeiterbewegung.“

Aufbau-Ausprägung-Politik in Bremen 1945/46“ machte? Es sind Ereignisse, die Bremen von der Entwicklung in Deutschland unterscheiden. Im Gegensatz zur Reichsentwicklung gehörte Bremen neben Leipzig schon vor 1914 zu einer der Hochburgen des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Die Linken im damaligen Sozialdemokratischen Verein Bremen trugen mit dem Chefredakteur und Reichstagsabgeordneten Alfred Henke in der Parteizeitung, der Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), dazu bei, die linke politische Kultur der Bremer Arbeiterbewegung abzusichern und sich als Sprachrohr der führenden Linken auf Reichsebene zu profilieren. Und die revolutionärer orientierten Kräfte der Bremer Linken führten für sich die Selbstbezeichnung „Linksradikale“ ein. Sie gaben ab 1916 die Arbeiterpolitik als „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ (Arpo) heraus, wesentlich geprägt von Johann Knief, Adolf Dannat und Anton Pannekoek. Die informelle Zusammenarbeit aller linken Richtungen wurde aufrechterhalten. Nach 1914 gab es keine Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus in der noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie eine vergleichbare Basis besaßen. Nicht nur für Rosa Luxemburg galt Bremen deshalb als „Pfeiler des Radikalismus in Deutschland“ (1912). Spätestens der Krieg, so hoffte die Bremer Linke, gestützt auf die streikbereite Stimmung der Bremer Werftarbeiter, würde für die Masse das Signal

zur revolutionären Erhebung sein. Die rund 500 Mitglieder umfassende Bremer Gruppe mit ihren Aktionskern innerhalb der Werftarbeiter um Adolf Dannat, Josef Miller und Willi Deisen kooperierte mit der Spartakusgruppe um Liebknecht und Luxemburg, unterschied sich aber von ihr in zahlreichen Punkten, wie z. B. in der Stellung zur USPD und zum Problem der Einheitsorganisation wie auch in Fragen der Kooperation mit den Syndikalisten. In der Nichtbeteiligung an den parlamentarischen Wahlen und in der Einschätzung der Februar- und Oktoberrevolution wie auch der Novemberrevolution vertraten sie noch auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 in Berlin andere Positionen. Mit den Syndikalisten teilten sie die Überzeugung von der totalen Diskreditierung der Gewerkschaftsbürokratie im Ersten Weltkrieg. Deshalb plädierten sie ab August 1917 bis März 1920 als linkskommunistisches Sammelbecken der Opposition (ISD/IKPD) in der Ende 1918 mit ihrer Unterstützung in Berlin neu gegründeten KPD (Spartakus) für eine neue „gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation“, genauer für die notwendige Synthese des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in den „Einheitsorganisationen“². Auf dem Gründungsparteitag der KPD scheiterten sie mit diesem von Felix Schmidt und Karl Becker eingebrachten Bremer Antrag am Widerspruch von Rosa Luxemburg.³ Dagegen gelang ihnen in der Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein Erfolg über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit 62 gegen 23 Stimmen siegten die „Rühlianern“ (Otto Rühle) mit den Bremer Vertretern der IKPD. Sie plädierten mit Ausnahme von Johann Knief für die Nichtbeteiligung an den Reichstagswahlen im Januar 1919⁴. Dazu schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin am 11. Januar 1919:

1 Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*, Hamburg 1982, S. 390

2 Vgl. Johannes Beermann: *Die Auseinandersetzung zwischen Syndikalisten und Kommunisten in der Bremer Arbeiterbewegung*, in: *Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte*, Heft 23/24, Bremen 2009, S.35–66.

3 Vgl. *Die Gründung der KPD*, hrsg. von Hermann Weber, 1993, S.159f, Rosa L. dazu S.162ff; siehe auch Luxemburg, GW, Band 4, 1974, S.485ff.

4 Dazu E. Schüddekopf, *Karl Radek in Berlin*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 1962, S.135
Karl Radek hatte Knief in Berlin im Dezember 1918 unter massivem Druck überzeugt, für die Wahl zur Nationalversammlung einzutreten. Knief wurde deshalb von der Bremer IKP nicht als Delegierter zum Gründungskongress der KPD gewählt.

„Vergiss nicht, dass die Spartakisten zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen der ‚alten bewährten‘ Partei – und das muss mit Licht- und Schattenseiten genommen werden. Wir haben alle einstimmig beschlossen, den Casus nicht zur Kabinettsfrage zu machen und nicht tragisch zu nehmen.“⁵

Die frühe Zusammenarbeit mit Bucharin, Lenin und Radek hatte den engen Kontakt der Bremer Linke zu den Anhängern des bolschewistischen Revolutionsmodells ermöglicht. Sie identifizierten sich mit ihnen, kritisierten aber zugleich aus prinzipiellen Gründen zusammen mit Rosa Luxemburg Lenins zentralistisches Organisationsmodell und die wachsende Reglementierung des politischen und kulturellen Lebens. Für sie blieb der Sieg der sozialistischen Revolution in der SU unentbehrlich. „Aber Unentbehrlichkeit ist nicht Vorbildlichkeit ... Die ungeheure Verspätung der bürgerlichen Revolution zwang Lenin in Russland zum gewaltigen Sprung darüber hinaus, in die sozialistische Revolution“, so August Thalheimer in einem kurz vor seinem Tod im Kubanischen Exil verfassten Essay.

Und der oppositionelle Kommunist fügte nicht nur in Anlehnung an die Bremer Erfahrungen von 1918/19 hinzu: „Dass in der SU die Bedingungen für den durchgeführten Sozialismus noch nicht erreicht sind, bedingt, dass die SU für die Arbeiterklasse voll entwickelter kapitalistischer Länder, die für die sozialistische Revolution kämpfen, kein einfaches zu kopierendes Vorbild sein kann, weder dafür, wie sie den Kampf um die Eroberung der Macht zu führen haben, noch dafür, wie sie nach der Eroberung der Macht den Sozialismus aufzubauen haben“. Und Thalheimer resümiert 1948: „Unsere Aufgabe ist nicht, fortzusetzen, wo die Russen in der stalinistischen Periode aufgehört haben, sondern neu anzufangen.“⁶

Auf dem Weg „von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution“⁷ prägte Johann Knief mit seiner Gruppe in Zusammenarbeit mit der

USPD um Alfred Henke den Bremer Arbeiter- und Soldatenrat. Schon am 5. November 1918 hatte die BBZ über die am Vortag im „Casino“ tagende, von über 6000 Männern und Frauen besuchte Volksversammlung berichtet. Sie forderte „zum Zwecke der beschleunigten Herbeiführung des Friedens die sofortige Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwecks Beginn von Friedensverhandlungen“. Am 9. November 1918 veröffentlichte die Arpo ihre „Gegenwarts-Forderungen“: „Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in die Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Denn Frieden und mit ihm das Brot, dass euch die Besitzenden nicht geben können, müsst ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und Brüder auf der ganzen Welt. Tod dem Kapitalismus! Hoch die Kommunistische Republik! Es lebe die Weltrevolution!“ Und am

eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland. Ruhig, fest und zielbewußt handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiß!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, daß euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

**Tod dem Kapitalismus! Hoch die kommunistische Republik!
Es lebe die Weltrevolution!**

10. Januar 1919 rief der Bremer Rat der Volksbeauftragten die „Sozialistische Republik Bremen“ aus, an der sich neben der USPD und der KPD auch die Syndikalisten der AAUD und linke Oppositionelle in der KPD um Karl Plättner, dem Vorsitzenden der kommunistischen Vertrauensleute in Bremen, beteiligten. Am gleichen Tag hatte der *Kommunist*, die am 27. November 1918 in Bremen gegründete und von Knief redigierten Zeitschrift der *Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD)* dazu aufgefordert, nicht nur die Bremer Räterepublik zu unterstützen, sondern auch den

Berliner Arbeiter-Aufstand „gegen die heuchlerische, gegen die verräterischste Regierung der Welt – gegen das Regiment Ebert-Scheidemann“. Die Abschaffung des Bremer Rätensystems verlangten daraufhin nicht nur die Bremer Bürger, sondern auch die *Mehrheitssozialisten (MSPD)*. Schon Anfang Dezember 1918 hatte das von den „Pfeffersäcken“ geförderte Presseorgan, die *Weser-Zeitung*, darauf aufmerksam gemacht, dass „Bremen im ganzen Reich für die Hochburg und das Experimentierfeld der Spartakusgruppe“ gelte. Diese Kapitalfraktion um Ludwig Roselius forderte den ihnen aus seinen Bremer Tagen als Arbeitersekretär vertrauten Reichskanzler Friedrich Ebert auf, Truppen nach Bremen zu senden, um dem „Terror der Arbeiterführer und Arbeiter“ ein Ende zu bereiten: „Lieber Albion als Spartakus“. So das Preußische Generalkonsulat in Bremen am 4.12.1918 an „den Reichskanzler. Seine Exzellenz Herrn Ebert“.

Ludwig Roselius, der Kaffee HAG-Gründer, fuhr Ende Januar 1919 noch einmal nach Berlin, um die Volksbeauftragten der MSPD Ebert und Noske, erneut aufzufordern, gegen die „Unordnung“ in Bremen mit Truppen einzuschreiten. Beide

willigten ein und ließen die Division Gerstenberger gegen Bremens Räteregierung aufmarschieren und diese blutig niederschlagen. Die 29 gefallenen Verteidiger der Räterepublik wurden in einem Massengrab auf dem Waller Friedhof beigesetzt.⁸ Nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik durch die Noske-Truppen am 4. Februar 1919 finden wir die Anhänger dieser Gruppe ebenso in der KPD wie in der KAPD, später in der KPO. Einige blieben von Anfang an bei den Syndikalisten oder organisierten sich gewerkschaftlich in der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU).

⁵ Rosa Luxemburg, *Briefe*, Band 5, 1984, S.426f.

⁶ August Thalheimer: *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst. Ein Versuch. Erstveröffentlichung in der „Arbeiterpolitik“*, 12. Jg., Nr.1, Hamburg 1971, S.2-12.

⁷ Johann Knief am 7.12, 1918 in der *Bremer Arbeiterpolitik*, 3.Jg., Nr 49, S. 293-29

⁸ Vgl. u.a. Peter Kuckuk: *Bremen in der Deutschen Revolution 1918/19*, 2. überarbeitete Auflage, Bremen 2017, S.296ff.

Darunter auch Kommunisten wie der Vorsitzende des Arbeiterrates der AG Weser, der 1919 zum Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Bremens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV, heute IG Metall) gewählt worden war und der 1919/20 eng mit Revolutionären Obleuten des DMV in Berlin um Richard Müller kooperierte.

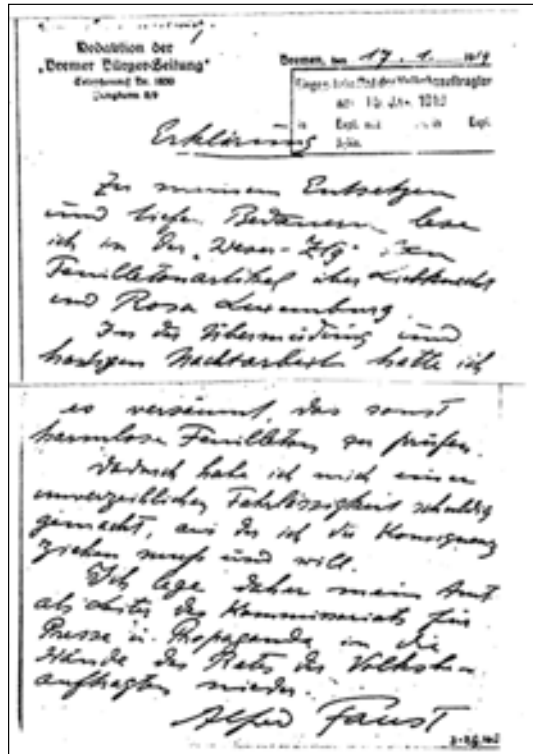
Was sie zeitlebens einte, blieb trotz aller Differenzen der hohe Respekt und die Achtung vor Rosa Luxemburg. Bezeichnend dafür ist, dass Alfred Faust (USPD) als Volkskommissar (Senator) für Presse und Propaganda des Rates der Volksbeauftragten der Bremer Räterepublik seinen Posten am 17. Januar 1919 niederlegte, weil er es versäumt hatte, einen Artikel in der von den Räteorganen zugelassenen konservativen *Weser-Zeitung* zu zensieren, der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begrüßt hatte.⁹

Getrennte Gedächtnisfeiern für die Gefallenen der Bremer Räterepublik

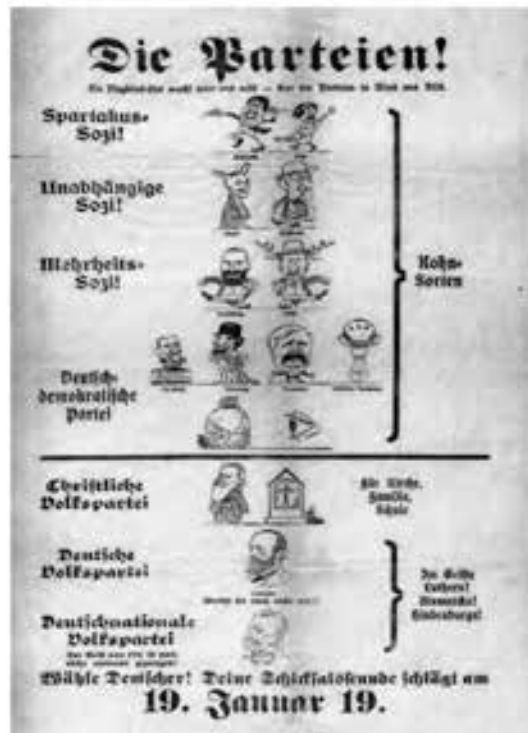
Ein Jahr herber Enttäuschungen lag hinter ihnen, als die Fraktionen der Bremer Arbeiterbewegung am 4. Februar 1929 getrennt zur 10. Gedächtnisfeier für die Gefallenen der Bremer Räterepublik einluden. Ein Jahr zuvor hatten 600 Bremer und Bremerinnen am 4. Februar 1928 dem KPD-Bezirksleiter Nordwest, Paul Taube, im „Café Flora“ zugejubelt. Einen Tag später folgten rund 1000 KP-Anhänger dem Leiter der „Roten Hilfe“ und Bürgerschaftsabgeordneten Willi Deisen. Bis zum Ausschluss des „rechten“ Führungskaders der KP war Deisen als Vertreter des Arbeiter- und Betriebsrates der AG Weser der Hauptredner bei den Gedächtnisfeiern der KPD. Am 4. Februar 1929 gehörte er zu den „rechten“ oppositionellen Kommunisten (KPDO) um Heini Busch, Adolf

Ehlers und Franz Cavier. Sie kritisierten den Linksschwenk der KPD, vor allem aber die vom Bezirkssekretär Hannes Koschnik verantwortete op-

positionelle Gewerkschaftspolitik der RGO. Eine „vernichtende Niederlage“ hatte die RGO bei den Betriebsratswahlen von 1929 erlitten. Nur noch 2 von 20 Betriebsräten zählten im einstigen Vorreiterbetrieb, der AG Weser, zur „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“. War damit auch die Arbeiterpolitik gescheitert, die sich auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht berief und die unter dem Slogan „Frieden, Freiheit und Sozialismus“ jährlich zu den Revolutionsfeiern zusammenkam? Noch blieben die Arbeiterjugendlichen der KPD treu. 700 Mitglieder wies allein der KJV in 38 Ortsgruppen des Bezirks Nordwest im Jahre 1929 nach. Hans Geusendam und Heini Landwehr waren ihre herausragenden Sprecher. Sie hatten vor allem noch 1927 zahlreiche Mitglieder aus dem „Zentralverband der Angestellten“ (ZdA) um Käthe Fürst-Lübeck (Popall), Hans Lübeck und Kurt Brumlop gewonnen. Auch rund 300 Mitglieder der Sozialistische Arbeiterjugend der SPD legten mit den Gewerkschaften am 4. Februar 1929 vor dem Denkmal der Gefallenen von Hoetger auf dem Waller Friedhof Kränze nieder. Sie folgten der Rede von Hans Hackmack, dem damaligen Kulturchef der Bremer Volkszeitung (BVZ) und Gründer des *Weser Kuriers* nach 1945. Hackmack stellte in seiner Rede die Gefallenen des 4. Februar in die Reihe der Toten der deutschen Revolution von 1848 und der Pariser Kommune von 1871. Neben der BVZ und der Bremer Arbeiterzeitung der KPD (AZ) berichteten die Spitzel der politischen Polizei ausführlich über diese Ereignisse, die in der KPD-Akte der Polizeidirektion im Bremer Staatsarchiv lagern (4.65-308/09). Zum gleichen Zeitpunkt polarisierte der Berliner Blutmai von 1929 und das Verbot des Rotfrontkämpfer-Bundes wie auch der Nachrüstungsbeschluss der von der SPD geführten Reichsregierung unter Kanzler Müller nicht nur die Bremer Arbeiterjugendlichen. Die SAJ-Mitglieder um Karl Grobe und Albert Müller kooperierten fortan mit der Gruppe der oppositionellen Kommunisten um Adolf Ehlers, Willi Deisen und



Alfred Fausts (USPD) Rücktrittsschreiben als Volkskommissar der Bremer Räterepublik am 17. Januar 1917



⁹ Der Brief des Preußischen Generalkonsuls vom 4.12.1919 befindet sich im Nachlass von Josef Müller (SAPMO NY 4096/1) der heute im Bundesarchiv Berlin lagert. Der handschriftliche Brief von Alfred Faust befindet sich im Archiv des Autors, ebenso wie der Wahlauftrag der Gegenrevolutionäre aus dem antisemitisch geprägten bürgerlichen Lager zur ersten Reichstagswahl am 19. Januar 1919. Von Beginn an bekämpften und bezeichneten sie Weimarer Republik als „Judenrepublik“.

Heinrich Vogeler wie auch mit dem 1931 gegründeten Kampfbund gegen den Faschismus.

„Das war das Erlebnis unserer Jugend“ (Internationaler Jugendtag in Wien 1929)

Auf der Veranstaltung zum 4. Februar 1929 hatte Karl Grobe als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend Bremens (SAJ) dazu aufgerufen, gemeinsam zum Internationalen Jugendtag nach Wien zu fahren. Rund 48 der ehemaligen 180 Bremer Arbeiterjugendlichen machten sich 50 Jahre später noch einmal auf dem Weg, um an der Feier zur Erinnerung an den Internationalen Jugendtag vom 12.-14. Juli 1929 in Wien teilzunehmen. „Das war das Erlebnis unserer Jugend“, erinnern sich Hilde und Karl Grobe noch 1982. Und Karl Grobe war Anfang Mai 1981 auch dabei, als wir in der Straßenbahn-Remise von Wien-Meidling die großartige, wegweisende Ausstellung über die Arbeiterkultur in Österreich besuchten: „Mit uns zieht die neue Zeit“.¹⁰

Trotz der Enttäuschungen über die Tolerierungspolitik der Weimarer SPD und dem nicht entschieden genug bekämpften Weg der NSDAP und ihrer Helferhelfer zur Machterschleichung fand diese Gruppe der SAJ 1929 in Wien erneut die Hoffnung bestätigt, dass der Sozialismus nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Die Begegnung mit dem „*Austromarxismus in Aktion*“ (Anton Pelinka), mit dem Roten Wien als gelungenem Experimentierfeld sozialistischer Kommunalpolitik, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik und des Wohnungswesens, begeisterte die sozialistischen Arbeiterjugendlichen aus den Zentren der deutschen Arbeiterbewegung¹¹. Noch fünfzig Jahre später nahmen sie zu Tausenden am Wiedersehenstreffen in Wien teil. Viele dieser Arbeiterjugendlichen orientierten sich damals an den Parteioppositionellen der „*Klassenkampfgruppe*“, den Austromarxisten um Otto Bauer, Max und Friedrich Adler, Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz. Deren deutsche Vertreter wurden im September 1931 aus der SPD ausgeschlossen. Zu den Mitbegründern der neuen „*Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands*“ (SAPD) und ihren Ju-

gendorganisationen gehörten 1931 so bekannte Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kulturarbeiter wie Willy Brandt (Lübeck), Otto Brenner (Hannover), Adolf Ehlers (Bremen), Walter Fabian (Dresden), Fritz Sternberg und Ernst Eckstein (Breslau), Anna und August Siemsen (Jena), Fritz Rück und Jacob Walcher (Stuttgart) oder Klaus Zweiling aus Zwickau-Plauen¹². Geprägt durch die Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung und ihren kulturellen Vorfelddorganisationen, erlebten sie in der Arbeiterfestkultur einen proletarisch-sozialistischen Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft. Die Novemberrevolution von 1918 gehörte ebenso zu den Gegenentwürfen wie die Pariser

bewegung. „*Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt*“ sangen die „*Arbeiter von Wien*“ 1929 nach der Melodie des „*Roten Armeemarsches*“ von 1920, um mit Großdemonstrationen der von Otto Bauer in Wien beschworenen faschistischen Gefahr in Europa, damals vor allem in Italien und Litauen, entgegenzutreten.

Auf dem Wiener Treffen fand dieses Konzept seinen wirksamsten Ausdruck. Mit dem Wiener Slogan „*Republik, das ist nicht viel, Sozialismus bleibt das Ziel*“ zogen die Jugendlichen anschließend zu den Demonstrationen und beunruhigten ab dem 1. Mai 1930 immer wieder prominente Sozialdemokraten, darunter auch den ehemaligen Reichsjustiz-



Demonstration am 1. Mai 1930 in Bremen (rechts Karl Grobe)

kommune vom März 1871. Seitdem begleitet die *Internationale*, das Lied der Commune, Demonstrationen und Kämpfe der internationalen Arbeiter-

minister Gustav Radbruch. Noch in den 1945 diktierten biographischen Aufzeichnungen „*Der innere Weg*“ notierte Radbruch: „*Wie dem nationa-*

10 Video-Film von 1983: *Karl und Hilde Grobe berichten über den Internationalen Jugendtag in Wien 1929 und über die Kultur- und Bildungsarbeit der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), festgehalten im Anhang (DVD) zum Doppelband von Jörg Wollenberg, Die andere Erinnerung. Spurensuche eines widerständigen Grenzgängers, Bremen 2017 (Krieg der Erinnerungen, Bd. II mit Video-Filmen, Rundfunksendungen, Ausstellungen und ergänzenden Beiträgen zu Band I und II). Vgl. dazu auch das Begleitheft zur Video-Reihe Bremer Arbeiterbiographien, hrsg. von Heinz Gerd Hofschens, Bremen 1991.*

11 Josef Weidenholzer, *Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“*. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Wien 1981

12 Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*; Meisenheim 1965

len Gedanken, so vermochten wir auch der demokratischen Staatsform nicht hinreichendes Pathos zu verleihen. Man konnte bei Umzügen der Arbeiterjugend auf mitgeführten Schildern folgende Inschrift lesen: 'Republik das ist nicht viel, Sozialismus unser Ziel': Man hätte umgekehrt der Masse mit allem Nachdruck sagen müssen, dass mit der Demokratie die Hälfte des sozialdemokratischen Programms verwirklicht sei und dass es nun zuerst gelte, die gewonnene Stellung fest auszubauen. Man hätte den Parteigenossen einprägen müssen, dass die Demokratie nicht nur Vorstufe zum Sozialismus, sondern eine Errungenschaft eigenen Wertes sei. Freilich fehlte es dazu an der gedanklichen Vorbereitung, hatte doch die sozialistische Theorie den Fall, der 1918 eintrat, den Fall der Machtübernahme in einem zur Durchführung des Sozialismus noch nicht reifen Staats, gar nicht erörtert.¹³

Hier irrte Gustav Radbruch. Denn gerade in Bremen und in anderen Hochburgen der Arbeiterbewegung wie in Paris, Wien, Berlin, Leipzig, Nürnberg und Stuttgart waren schon vor dem 1. Weltkrieg in der noch geeinten Arbeiterbewegung konkrete Vorstellungen entwickelt worden, die auf die Ausrufung einer sozialistischen Republik drängten. Der Modernisierungsprozess im industriellen Sektor, insbesondere in der Werftindustrie, hatte die „Fundamentalpolitisierung“ in der Arbeiterbewegung Bremens verstärkt, deren Gewerkschaftskartell 1904 15.471 Mitglieder nachweisen konnte. Die Bevölkerung wuchs in der Hansestadt von rund 125.000 Einwohnern um 1890 auf 250.000 im Jahre 1910, vor allem durch die Industrialisierung in den Arbeitervorstädten Walle, Grö-

pelingen und Hastedt¹⁴. Einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Orientierung und auf die Kultur- und Bildungspolitik übte seit der Jahrhundertwende die von den Bremer Linken unter ihren Chefredakteuren Heinrich Schulz und Alfred Henke geprägte „Bremer Bürgerzeitung (BBZ)“ aus – mit ihren mehr als 10.000 Abonnenten bei einer Auflage von 22.500 Exemplaren um 1913. Ihr Redakteur Heinrich Brandler geriet im Zuge der Maiaussperrungen von 1907 mit zahlreichen Bremern in Schwierigkeiten mit der Gewerkschaftsspitze, weil er sich mit Karl Liebknecht für eine Politisierung der Jugendarbeit eingesetzt hatte. Aufgabe sozialistischer Jugenderziehung sei es, so Brandler am 30. Juni 1908 in der BBZ, Jugendliche zu „tüchtigen Klassenkämpfern“ zu erziehen.¹⁵ Mit den damaligen Reprä-

in Berlin zu entscheiden hatte. Der Bremer Lehrer Heinrich Eildermann (Arnulf) hatte dafür das Lied der Arbeiterjugend geschrieben – zu der Melodie des Andreas Hofer-Liedes: „Dem Morgenrot entgegen/ ihr Kampfgenossen all! ...Vorwärts, du junge Garde des Proletariats!“

„Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns!“ (Bremer Roland 1905)

Beeinflusst von den radikalen Sozialisten entwickelten die Bremer eine auf praktische Wirkung fokussierte Politik, die sich neben der Protestbewegung gegen die Entlassung von vier sozialdemokratischen Lehrern aus dem Schuldienst (1906) vor allem in der Unterstützung des Werftarbeiterstreiks von 1913 und in einer geplanten Straßendemonstration gegen den Krieg im August 1914 niederschlug. In der innerparteilichen Debatte zwischen Revisionisten, Zentrum und Linken fanden sie sich auf der Seite der Letzteren. Der antikapitalistischen „Ermattungsstrategie“ von Karl Kautsky stellte Anton Pannekoek in einer Artikelserie für *Die Neue Zeit* und die *BBZ* das Konzept des politischen Massenstreiks entgegen.¹⁶ Spätestens der Krieg, so hoffte er, werde – gestützt auf die Stimmung



Führende Bremer Sozialdemokraten 1905: Sitzend links Heinrich Schulz, rechts Wilhelm Holzmeier; stehend 2. von links Johann Knief, ganz rechts Wilhelm Pieck, links daneben Alfred Henke

sentanten der Bremer Linken, Alfred Henke und Wilhelm Pieck, dem ersten hauptamtlichen Sekretär der SPD, wurde Heinrich Brandler gegen die Vertreter des reformistischen Flügels zum Delegierten auf dem Parteitag in Nürnberg (13.–19. 9. 1908) gewählt, der über die Autonomie in der Jugendfrage und über die Ausbildungsziele der inzwischen von Heinrich Schulz geleiteten SPD-Parteischule

der Bremer Werftarbeiter – für die Masse der Bremer Arbeiterschaft das Signal zur revolutionären Erhebung sein.¹⁷ Die von Pannekoek gegen Kautsky ab 1911 in der *BBZ* ausgelöste Massenstreikdebatte führte im Juni 1916 zur Gründung der „Bremer Linksradiakalen“ und zur Herausgabe der „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ (*Arbeiterpolitik*). Mitarbeiter der Redaktion waren u. a. Karl Radek, Anton Pannekoek, Adolf Dannat, Heinrich Eildermann, Heinrich Brandler und Paul Frölich. Ganz bewusst griffen die Bremer Linken in der *Arbeiterpolitik* auf die Parole zurück, mit der im *Roland*, der Zeitschrift für freiheitliche Erziehung, die

13 Gustav Radbruch, *Biographische Schriften*, in: *Gesamtausgabe*, Bd. 16, Heidelberg 1987, 274.

14 Karl-Ernst Moring, *Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914*, Hannover 1968, 221

15 Heinrich Brandler, *Gewerkschaften und Jugenderziehung*, in: *BBZ*, Nr. 139, 30.6.1908

16 Anton Pannekoek, *Massenaktion und Revolution*, in: *Die Neue Zeit*, 1912, Bd. 2, 30. Jg., 541ff., 585ff., 609ff.; vgl. auch *BBZ* vom 3.4., 9.5., 2.8., 27.8., 2.9.1913.

17 So auf einer Mitgliederversammlung am 26.11. 1911 (*BBZ*, 22. und 27.9.1911); vgl. Moring, 1968, 163.

Bremer Lehrervereinigung der Volksschullehrer um Emil Sonnemann und Wilhelm Holzmeier im September 1905 dazu aufgefordert hatte, im „Bremer Schulstreit“ eine demokratische Schulreform durchzusetzen: „Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns!“¹⁸

Und es ist kein Zufall, dass in der Arbeiterpolitik nicht nur die Repräsentanten des Austromarxismus um Friedrich Adler (am 4. März 1918 zum Problem der Vaterlandsverteidigung) neben zahlreichen Beiträgen von Lenin (z. B. Artikelserie am 20./27. Juli und 3. August 1918 zu „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“) zu Wort kamen. Am 20. April 1918 äußerte sich Friedrich Adler zum zentralen Dauerthema der Bremer Linken: „Der Kampf um Kultur im neuen Klassenstaat“ und über „Die österreichische Sozialdemokratie, die Internationale und der Friede“.¹⁹ Auch die Anarchisten und Sozialrevolutionäre kamen zu Wort. Gustav Landauer und Otto Rühle pflegten als bekannteste Theoretiker des Rätekommunismus einen engen Kontakt zu den Bremen Linken um Anton Pannekoek.²⁰ „Träume werden Erfüllung, Theorie und Tat. Wachendes Auge erleben auch die Pädagogen Weltgeschichte“. So Otto Rühle in seinem 1920 veröffentlichten Schulprogramm in Anlehnung an den „Bremer Schulradikalismus“ von 1905/06. Und es ist kein Zufall, dass die letzte Nummer der Arbeiterpolitik vom 8. März 1919 mit dem Rebellensong von Erich Mühsam endet.

„Organische Intellektuelle“ in der Kultur- und Bildungsarbeit Bremens

Es waren gebildete Autodidakten und belesene Marxisten, die als „organische Intellektuelle“ (Antonio Gramsci) zu einer wachsenden politischen Kultur in den Hochburgen der Arbeiterbewegung in Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts beitrugen. In Bremen waren es Werftarbeiter um Adolf Dannat, Willi Deisen und Josef Miller und die zwischen 1906 und 1911 aus dem Schuldienst entlassene Lehrer um Christian Döring, Emil Sonnemann, Hermann Böse, Heinrich Eildermann, Johann Knief und Wilhelm Holzmeier. Anlass der Disziplinarverfahren war u.a. der Bremer Schulstreit um die Ab-

schaffung des Religionsunterrichtes und das berühmte „Bebel-Telegramm“ vom 21. 2. 1910 zum 70. Geburtstag von Bebel, das „die aus Anlass der Dienstenlassung des Genossen Lehrer Holzmeier versammelten sozialdemokratischen Lehrer Bremens dem Führer des Proletariats“ entboten.²¹ Sie beteiligten sich als „marxistisches Zentrum“ an einem Schul- und Kulturstreit. Gegen die Stimme der damaligen Bremer Arbeitersekretäre Friedrich Ebert und Hermann Müller hatten sie sich 1905 mit den Redakteuren der BBZ um Heinrich Schulz und Alfred Henke nach mehrmonatigen Diskussionen über „Kunst, Wissenschaft und Klassenkampf“ von der bürgerlich-philantropischen Bildungsvereinigung „Bremer Goethe-Bund“ getrennt. Sie gründeten zusammen mit den linken Parteisekretären um Wilhelm Pieck und Heinrich Brandler den „Bildungsausschuss des Gewerkschaftskartells“ und stellten den niederländischen Marxisten Anton Pannekoek als ersten hauptamtlichen Weiterbildungslehrer vor Ort ein. Langfristige Unterrichtskurse, unter anderem zur politischen Ökonomie und zur Geschichte der Arbeiterbewegung von Herman Duncker oder Christian Döring prägten Bremer Arbeiterjugendliche wie Helene Schweida, Robert Pöhland oder Karl Grobe nachhaltig. „Bei mir war mein bester Schüler aus dem letzten Lehrgang (ein relegierter Lehrer aus Bremen)“, schrieb Rosa Luxemburg über Döring am 17. November 1913 an Leo Jogiches.²² Einen Jahrgang darauf besuchte Helene Schweida den Lehrgang an der SPD-Parteischule in Berlin und lernte dort ihren späteren Mann kennen: Wilhelm Kaisen aus Hamburg, den Bremer

Bürgermeister nach 1945. Vortragszyklen u. a. 1910 und 1912 von Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, von Max Adler und Rudolf Hilferding oder 1919/20 von Richard Müller und Robert Dißmann (zum Rätesystem und den „Aufgaben der Gewerkschaften in revolutionärer Zeit“ oder von Kurt Löwenstein zu Erziehungsfragen und zum Schulkompromiss (17.10.1919) ergänzten das reichhaltige Angebot der Unterrichtskurse des Bremer Bildungsausschusses. Dazu gehörten auch Theater- und Kunstseminare, die 1905 mit einer groß aufgezogenen Schillerfeier eröffnet wurden. Der von der USPD nach 1919 als „Rat der Arbeiterbildung“ umbenannten Bildungsausschusses bot ab 1921 zusätzlich Symphoniekonzerte und Kammermusikabende an. Eng kooperierte der Rat für Arbeiterbildung ab Juli 1919 mit dem Bremer Schauspielhaus. „Die Arbeiterschaft wird der kommenden Theaterspielzeit Gelegenheit haben, einen Gang durch das Drama der europäischen Kulturvölker zu machen und die Auswahl der Stücke so zu treffen, dass diese ein Abbild geben von den Kämpfen der Zeit, dass sie Wegweiser und Bausteine bilden für die zukünftige Gesellschaft“. So die Mitteilung vom späteren Gründer des Weser Kuriers Hans Hackmack im Bremer Volksblatt (USPD) am 9. August 1919 unter der Titelzeile „Das Theater den Arbeitern“. 49.114 verkaufte Plätze für 47 Schauspielaufführungen umfasste das Veranstaltungsangebot noch 1921/22, ergänzt um 18 Opernvorstellungen mit rund 26.000 verkauften Plätzen.²³ Und stets waren die Musiker des städtischen Orchesters dabei, wenn es ab dem 9. November 1919 darum ging, die Revolutionsgedenk-

18 Roland, Zeitschrift für freiheitliche Erziehung, Bremen, Aufhänger zum 1. Jahrgang 1905/06. Dazu Hinrich Wulf, a. a. O., Band I, 434-456, 513-517 zum „Bremer Schulradikalismus“ mit überregionaler und internationaler „Kulturkampf-Stimmung, die man nicht „verkleistern kann“ (Holzmeier im November 1905).

19 Zu Adler siehe Arbeiterpolitik (Arpo), 3. Jg. Nr. 16, 20. April 1918, 98/99; vgl. auch Arpo, Nr. 15, 13.4.1918, 91-93. „Eine Programmrede von Lenin“ vom 28. April 1918 in Arpo, 3. Jg., Nr. 29, 20. Juli 1918, 174-176 und 27. Juli 1918, 182-184, fortgesetzt in Nr. 31, 3. August 1918, 188-190: Eingeleitet mit einem offenen Brief von Franz Mehring als ältestes Mitglied der Gruppe Internationale und der Spartakusgruppe an die Bolschewiki, u. a. mit einer Kritik an dem „sinnlosen Kampf, den Kautsky und Co gegen die Bolschewiki führen“ (3. Jg. Nr. 29, 173-174)

20 Siehe u. a. Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Darmstadt 1993, S. 49ff, 68ff, 83 ff.

21 Dazu der von Sonnemann und Holzmeier herausgegebenen Bremer „Roland“. Organ der freiheitlichen Pädagogik, März 1910; Hinrich Wulf, Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft, 1950, Bd. II, S. 119-125 und Band I, S. 503.

22 Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Band 4, 2001, S. 323.

23 Siehe Jörg Wollenberg u. a., Von der Krise zum Faschismus, Frankfurt/M 1983, S. 38-59, auch mit Berichten der Arbeiterveteranen, die mit Karl Grobe 1929 und 1979 in Wien dabei waren

feiern des Rates der Arbeiterbildung im großen Saal des Casino um einen „künstlerischen Genuss zu bereichern.“ Neben den jährlichen Revolutions- und Gedenkfeiern (9. November/4. Februar) gab es „proletarische Morgenfeiern“ im Schauspielhaus, u.a. zu „Kurt Eisner zum Gedenken“ mit Felix Fechenbach als Redner oder zu „10 Jahre politischer Mord! Der Leidensweg des italienischen Proletariats“ mit Angelica Balabanoff – ergänzt um eine Ausstellung über den italienischen Faschismus. Die Vorträge von Max Hodann über „Sexualaufklärung“ stießen ebenso auf große Resonanz wie die von Max Adler über politische und soziale Demokratie. Und jeweils am ersten Sonntag im Monat liefen am Vormittag im „Decla“ die neuen Russenfilme von Eisenstein („Panzerkreuzer Potemkin“, „Sturm über Asien“ usw.) und umstritten Filme wie „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque oder Chaplins „Goldrausch“.

Dass in dem mit über 400 Seiten im Auftrag der Bremer Theater-Gesellschaft veröffentlichten Buch über „33 Jahre Bremer Schauspielhaus im Spiegel der Zeitkritik“ (Carl Schünemann Verlag Bremen o. J., verfasst von Wilhelm Berner und Fritz Peters, unter Mitwirkung von Hermann Fitger), jeglicher Hinweis auf die Kooperation mit dem Rat der Arbeiterbildung fehlt, ist 1943 politisch nachvollziehbar. Auch die „Chronik der Aufführungen“ ab der ersten Spielzeit 1910/11 bis 1942/43 verzichtet selbst unter den Gastspielen und Gedächtnisfeiern oder Morgen- und Abendfeiern auf Hinweise zur engen Zusammenarbeit mit der Bremer Arbeiterbewegung. Erwähnt werden dagegen die Beethoven-Feier des Goethebundes (12.12.1920 oder die „Gedenkfeier für Kriegsgefangene“ (15.12.1921).

Die von Frank Schümann 2007 herausgegebene Dokumentation über 92 Jahre Bremer Theatergeschichte zitiert dagegen den Beitrag des damaligen Dramaturgen Carl Witte aus Anlass der Jubiläumsspielzeit von 1930/31.

Witte erinnerte an die „Zwanzig Jahre Arbeit“ nach 1914 mit den „leidenschaftlichen Kämpfen“ um und für die neuer Republik: „Durch die Revolution und die Umschichtung der Massen bekam das Theater ein junges, neues unvoreingenommenes Publikum, das mit Macht ins Theater drängte, um hier den Dichter seiner Zeit und seiner Not zu suchen“. Aber auch hier fehlt der Hinweis auf die Kooperation mit dem Rat der Arbeiterbildung als Vorform der 1948 gegründeten Volksbühne Bremen.

Nach 1933 versuchte das NS-System mit anderen Mitteln, an den Erfolg der Arbeiterkulturbewegung anzuknüpfen. So füllten sie in Bremen mit ihrer NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im Kriegswinter 1940/41 das Bremer Schauspielhaus mit 77 geschlossenen Vorstellungen für 64 000 werktätige Bremer. Das vermerkt die künstlerische und geschäftliche Leitung de Bremer Schauspielhaus mit Stolz in dem Bericht über die Spielzeit 1940/41. Von dieser „Verschönerung ihres Feierabends“ profitierten vornehmlich die „Gefolgschaftsmitglieder“ der Bremer Großbetriebe. Mehr als 40.000 Einzelkarten gingen außerdem 1940/41 über „Kraft durch Freude“ an die Standortführung der Hitler-Jugend und an Wehrmachtsangehörige.

Der „völkische Geist“ erobert schon 1919 die Bremer Volkshochschule

Die Bremer Kultur- und Bildungsorganisationen verstanden sich mit ihrer Agitprop- und Theaterarbeit als „Akademie der Arbeiterbewegung“. Sie waren mit der Vorform der neuen Volksbildungsorganisation ein Gegenpol zu der am 2. November 1919 gegründeten Bremer Volkshochschule. Mit deren Leiter Richard von Hoff zog der „völkische Geist“ zur „Abwehr jüdisch-marxistischer Zersetzung“ in die VHS ein.²⁴ Dieser Frontoffizier des 1. Weltkrieges hatte sich in Bremen mit einer im Carl Schünemann-Verlag

erschienenen Aufsatzsammlung über die „Niedersächsische Volkshochschule“ (1918) beworben. Dort knüpfte er an das „völkische Fühlen und Denken“ in Bruno Tanzmanns Denkschrift an, die 1917 im Hakenkreuz-Verlag in Dresden-Hellerau erscheinen war. Im Jahresbericht der Bremer Volkshochschule von 1919/20 fordert von Hoff die Volkshochschulen auf, mitzuarbeiten am „Wiederaufbau des Vaterlandes“, den „völkischen Geist als Blutsgemeinschaft“ zu fördern und der Gefahr zu begegnen, als Volk „Kulturdünger für fremde Völker“ zu werden. Dieser Wegbereiter der NS-Volksbildung in Bremen wurde 1930 Mitglied der NSDAP und im März 1933 Senator für das Bildungswesen in Bremen. Als Organisator des „Nordischen Things“ kooperierte Ludwig Roselius eng mit Richard von Hoff. Sie leiteten gemeinsam die Nordische Gesellschaft und gründeten 1943 die „Nordische Kunsthochschule in Bremen“, geleitet von Fritz Mackensen, dem Kulturwart der NSDAP.²⁵ Vergeblich hatte sich der Sozialdemokrat Pastor Emil Felden 1919 mit einem Gegen gründungsvorschlag um die Leitung der Bremer VHS beworben. Der Kriegsgegner wollte mit der Volksbildung den Weg zur internationalen Völkerverständigung fördern. Felden berief sich dabei auf die von Heinrich Schulz im Februar 1919 vorgelegten Erlasse des preußischen Doppelministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Der Biograph von Friedrich Ebert fand für sein VHS-Konzept nicht einmal Unterstützung in den Reihen der MSPD, für die er 1921/22 in der Bürgerschaft saß und die er 1923/24 im Reichstag vertrat.²⁶ Auch die USPD setzte mit der KPD und den Gewerkschaften weiter auf die Fortsetzung der Kooperation im Rat der Arbeiterbildung als Alternative zur deutschnational und völkisch orientierten Volkshochschule.

Die Bremer Arbeiterbildner setzen dort auf das „richtige Lernen“. Und so polemisierten sie mit Rosa Luxemburg und Heinrich Brandler auch gegen Max Maurenbrecher und Kurt Eisner und andere der „gebildeten Genossen aus dem bürgerlichen Lager“, die „den Massen eine Unsumme von Einzelheiten beibringen wollten.“²⁷ Das Plädoyer für eine autonome Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung ging lange vor 1918 von Bremen aus und gewann hier eine hohe Akzeptanz.²⁸ Mit Georg Engel-

24 Jörg Wollenberg, „Pfleger völkischer Kulturüberlieferung mit „rotem Herz“ und „braunen Trank“, in: Wollenberg, Die andere Erinnerung. Spurensicherung eines widerständigen Grenzgängers, Bremen 2017, Bd.2, 309-314. Siehe dort u.a. auch die Hinweisse auf die alternative Gründungsgeschichte der VHS Bielefeld (S.291- 307) und des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg mit Hermann Baeye, der zuvor anstelle von Felden im Ministerium von Schulz tätig geworden war (S.273-289).

25 Vgl. Hans Hesse, Skizzen zur Geschichte der Nordischen Kunsthochschule Bremen, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte, Heft 23/24, Bremen2009, S.85-104.

26 Emil Felden, Eines Menschen Weg. Friedrich Eberts Leben, Bremen 1927

bert Graf, Theodor Geiger, Hermann Baeye, Otto Rühle, Karl Korsch oder Otto Jenssen kamen Mitarbeiter des Zentralbildungsausschusses der SPD als „Wanderlehrer“ nicht nur in Bremen zu Wort, die nach 1918 an der Neuordnung der staatlichen Volksbildung in der Weimarer Republik mitwirkten und – Volkshochschulen unter anderem in Berlin, Nürnberg, Tinz, Bad Dürrenberg leiteten. Und es war sicher kein Zufall, dass der SPD-Parteivorstand Heinrich Schulz wegen seiner erfolgreichen Bremer Bildungsarbeit 1906 nach Berlin berief, um dort die Parteischule der SPD aufzubauen und zu leiten. Schulz legte 1906 als Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses der SPD wegweisende Leitsätze zum Thema „Volks-erziehung und Sozialdemokratie“ vor, die vom SPD-Parteitag 1906 in Mannheim verabschiedet wurden. Ein Gesamtkonzept der „Volks-erziehung von der Wiege bis zu Bahre“ mit der Aufforderung: Um „ihre verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen zu können, müssen die Parteigenossen auf ihre theoretisch-sozialistische Weiterbildung bedacht sein.“²⁹ Von 1920 bis 1927 leitete Schulz im Reichsinnenministerium als Staatssekretär die Abteilung Schule und Bildung und scheiterte Ostern 1920 auf der Reichsschulkonferenz zusammen mit Fritz Karsen an dem Versuch der Vereinheitlichung des Schulwesens durch einen Reichsschulgesetzentwurf (Einheitsschule) – ebenso wie Hermann Baeye mit den vorgelegten Leitsätzen zur Volksbildung oder Anna Siemsen mit dem Plädoyer für die „gemeinsame Erziehung der Geschlechter“.³⁰ Dass nicht wenige der ins Exil vertriebenen Vertreter des Bundes Entschiedener Schulreformer um Anna Siemsen, Walter Fabian und Fritz Karsen erneut nach der Befreiung vom Faschismus mit ihren Vorstellungen von einer Schul- und Bildungsreform in den Westzonen scheiterten, gehört zu den verdrängten Kapiteln der Geschichte der alten Bundesrepublik. Dagegen konnten die den Faschismus im KZ oder im Exil überlebenden Repräsentanten der Bremer Linken um Wilhelm Pieck, Josef Miller, den Brüdern Heinrich und Wilhelm Eildermann oder Herbert Warnke in der SBZ einen erfolgreichen Neustart wagen. Und von der Generation der zitierten Arbeiterjugendlichen um Karl Grobe, Erwin Heinemann und Gustav Böhrnsen gingen nach dem Scheitern

des Einheitsbündnisses von 1945, der „Bremer Kampf-Genossenschaft gegen den Faschismus“ (KGF), nicht wenige als Mitglieder zur KPD. Einige von ihnen wurden mit Heinz Kundel, Karl Grobe und Georg Stockmann wegen Trotzkismus oder Titoismus 1947/48 aus der KPD ausgeschlossen. Sie gründeten mit Heinrich Brandler, dem einstigen Repräsentanten der Bremer Linken vor 1914, ab 1919 Mitglied des Zentralausschusses der KPD und 1928 Mitbegründer der KPDO, im November 1948 die Bremer „Gruppe Arbeiterpolitik“ (GAP). Zu dieser Gründergeneration gehörten u. a. die ehemaligen KPO-Mitglieder Theodor und Pepp Bergmann, Karl Grönsfelder, Waldemar Bolze, Erich Söchtig, Paul Elflein und Heinrich Galm. Die GAP prägte in den „Sturmtagen von Salzgitter“ den erfolgreichen Kampf gegen die 1950 von der britischen Besatzungsarmee angeordnete Demontage der Reichswerke Salzgitter. Mit dieser Arbeit im Betriebsrat und in den Gewerkschaften gewann sie eine überregionale Bedeutung, unterstützt nicht vom Vorstand, aber von der Bezirksleitung der IG Metall in Hannover unter Otto Brenner und den „Partisanenprofessoren im Lande der Mitläufer“ um Wolfgang Abendroth.

Der Belegschaft der Klöckner-Werke gelang es mit Unterstützung kritischer Betriebsräte aus den Reihen der GAP und neuer Ansätze in der Bildungsarbeit der IG Metall (Bildungs-obleute), noch einmal 1969 und 1973 an diese Tradition anzuknüpfen und wie in vielen anderen Großbetrieben zu „wildem“ Lohnstreiks aufzurufen und den Betrieb stillzulegen. Und es ist sicher dieser kämpferischen Tradition zu verdanken, dass der Ende 1992 angekündigte Konkurs der Klöckner-Werke verhindert werden konnte und den Beschäftigten das Schicksal der Pleite der Borgward-Werke von Anfang der 1960er Jahre ebenso erspart blieb wie die Stilllegung der AG Weser 1983.

Ob aber das nach einem Jahr harter betrieblicher Auseinandersetzungen mit großer Unterstützung der Öffentlichkeit und des Senats durchgesetzte „Bremer Interessenmodell“ als einvernehmliche Vereinbarung zwischen den Kapitalvertretern mit den Belegschaftsvertretern der ehemaligen Klöckner-Werke im neuen ARBED-Stahlkonzern noch mit den alten Traditionen der Bremer Linken in Einklang zu bringen ist, muss bezweifelt werden.

Jörg Wollenberg

- 27 So Brandler auf dem SPD-Parteitag 1908. In: Protokoll über die Verhandlungen vom 13. bis 19. September 1908, Berlin 1908, 227 ff. Ähnlich Rosa Luxemburg in Nürnberg in ihrer Funktion als damalige Lehrerin an der SPD Parteischule, nachgedruckt in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke. Bd. 2, 6. Aufl., Berlin 2004, 254–256.
- 28 Zu Bremens Rolle bis 1918/19 siehe unter anderem: Erhard Lucas. Die SPD in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969; Hansgeorg Conert, Reformismus und Radikalismus in der Bremer SPD, Bremen 1985; Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der „Mannheimer Leitsätze“, Bremen 1982; Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919, Bremen 2017; Gerhard Engel, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011; Gerhard Engel, Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868–1946). 1. Teil (1868–1918). In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bremen 2015, 69–78; Paul Frölich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921. Hrsg. von Reiner Tosstorff, Berlin 2013; Arbeiterpolitik. Wochenschrift für den wissenschaftlichen Sozialismus (1916–1919), 2 Bde., Nachdruck Leipzig 1975; Die Bremer Linksradi-kalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920, hrsg. von der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik 1979; Arbeiterpolitik. November 1948–Juli 1950, Bremen 1975; Bremer Bürger-Zeitung. Organ für die Interessen des Volkes, Bremen 1910–1919; Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau–Prägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976.
- 29 Heinrich Schulz im Vorwort zu Sozialdemokratie und Schule, Berlin 1907. Es handelt sich dabei um die überarbeitete Fassung seines Referates auf dem Mannheimer Parteitag 1906.
- 30 Siehe dazu die Beiträge in: Die deutsche Schulreform. Ein Handbuch für die Reichsschulkonferenz, hrsg. vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Berlin, Leipzig 1920 [Nachdruck Vaduz 1987]. In der Volksbildung dominierte fortan das Model Thüringen mit der „Experimentier-sozietas“ (Eduard Weitsch) Dreißigacker. Mit diesem Plädoyer für die „Schule ohne Katheder“ und der jenseits der Parteipolitik agierenden neutralen Volksbildung wollte man nach 1918 – wie erneut nach 1945 – nach „Innen wieder gewinnen was nach Außen verloren war“. (Grundtvig). Dazu unter anderem: Paul Ciupke/Franz-Joseph Jelich (Hrsg.), Experimentier-sozietas Dreißigacker. Historische Konturen und gegenwärtige Rezeption eines Erwachsenenbildungsprojektes der Weimarer Zeit, Essen 1997.

Mexiko

Ya se mira el horizonte – Man sieht schon den Horizont¹

Bericht über einen Aufenthalt im zapatistischen Bildungsprojekt CELMRAZ, Hochland von Chiapas

Wer sind die Zapatistas und wofür kämpfen sie?

„Als Zapatistas bzw. Zapatisten werden überwiegend sozialrevolutionäre indigene politische Gruppierungen im Süden Mexikos, vor allem im Bundesstaat Chiapas, bezeichnet. Internationale Beachtung fanden die Zapatistas 1994 infolge des bewaffneten Aufstandes der Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ (Abkürzung: EZLN, deutsch: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) „unter Subcommandante Marcos. Der Name der Zapatistas geht zurück auf Emiliano Zapata (1879-1919), den wohl bekanntesten Führer der mexikanischen Revolution im Süden Mexikos (...).“²

„Der Aufstand der zapatistischen Befreiungsarmee richtet sich gegen Ausbeutung, Rassismus, Unterdrückung der Frauen, Umweltzerstörung und die Marginalisierung der indigenen ländlichen Bevölkerung (...) Die Zapatistas und die gesamte indigene Bewegung fordern die Anerkennung indigener Rechte und einen Autonomiestatus innerhalb Mexikos für ihre Gebiete (...), eine radikale Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und eine Abkehr von der kapitalistischen Wirtschaftspolitik (...) Regierung und EZLN hatten 1996 die Abkommen von San Andrés über indigene Selbstverwaltung unterzeichnet doch keine der bisherigen Regierungen setzte die Verträge um, so dass die Zapatistas nun ohne „Erlaubnis“ Fakten schaffen.“³

Chiapas, einer von 32 Bundesstaaten des 125 Millionen Einwohner*innen beherbergenden Mexikos, liegt im Südosten des Landes auf einer mit der Ausdehnung Bayerns zu vergleichenden Fläche



Caracol Oventic

(75.634 Quadratkilometer). Von seinen 4,9 Millionen Bewohner*innen – das sind circa 40 Prozent der bayrischen Bevölkerung – ist eine Million indigener Abstammung bei 14 indischen Ethnien.

Wie wir auf das zapatistische Bildungsprojekt aufmerksam wurden und dorthin kamen

Durch das Hamburger „Kaffeekollektiv Aroma Zapatista“ und die Zeitschrift *Tierra y Libertad* wurden wir auf das zapatistische Bildungsprojekt CELMRAZ (Centro de Español y Lenguas Mayas Rebelde Autónomo Zapatista) im Caracol Oventic im Hochland von Chiapas, Mexiko, aufmerksam.

„Wir möchten (...) eine Art von Escuela (...) schaffen, um Internationalismus direkt erfahrbar zu machen (...) Nicht zuletzt geht es dabei auch um die direkte Unterstützung einer zapatistischen Struktur im autonomen Bildungsbereich, dem CELMRAZ.“⁴

So lautet der Ausschreibungstext des colectivo gata-gata, das für die Akkreditierung von deutschen Teilnehmer*innen an dem zapatistischen Bildungsprojekt autorisiert ist.

Das Bewerbungsverfahren für einen Studienaufenthalt im CELMRAZ besteht aus der Beantwortung eines Bewerbungsbogens (questionario) sowie der Teilnahme an zwei dreitägigen Vorbereitungsseminaren, die im Mai und Juli 2017 auf dem selbstverwalteten Eschenhof in Bergedorf bei Hamburg stattfanden.

Dort lernten wir andere Interessent*innen für den ersten vom colectivo gata-gata geplanten Studienaufenthalt vom 6.9.-8.10.2017 kennen.

Studiert wurden im Vorhinein „chapanekische/mexikanische/lateinamerikanische Kontexte“ auf der Grundlage „linker Basistexte“.⁵

Das erste Vorbereitungsseminar behandelte schwerpunktmäßig die Vorstellung des Projektes. Inhaltliche Grundlage bildete die „Sechste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“, die Pädagogik der Befreiung Paolo Freires sowie der Begriff der Würde.

Zeitgleich fand in Chiapas die erste Versammlung des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI) statt. Erstmals wurde eine indigene Kandidatin Marichuy für die Parlamentswahlen am 1. 7. 2018 nominiert.

1 Erste Strophe der zapatistischen Hymne

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Zapatistas>

3 *Tierra y Libertad* – Nr. 77 – Frühjahr 2017 „Wofür kämpfen die Zapatistas? S. 2

4 Flyer JA'UN TA YAN BALUMIL SER INTERNACIONALISTA Zapatistische Bildung im CELMRAZ, Caracol Oventic in Chiapas, Mexiko, colectivo gata-gata, S. 1

5 Flyer JA'UN TA YAN BALUMIL SER INTERNACIONALISTA Zapatistische Bildung im CELMRAZ, Caracol Oventic in Chiapas, Mexiko, colectivo gata-gata, S. 2

Das zweite Vorbereitungsseminar behandelte die Themen Internationalismus, Finanzierungsmodus sowie Programmplanung für den Studienaufenthalt im September/Oktober 2017.

Aufgrund eigener zeitlicher Planungen während unseres Sabbatjahres, die sich mit den Aufenthaltszeiten der deutschen Gruppe in Chiapas nicht verbinden ließen, wurde uns eine Sonderregelung gewährt, die uns während unseres Aufenthaltes in einem kubanischen Workcamp kurzfristig mitgeteilt wurde. Unser Aufenthalt wurde auf den 23.10.-3.11.2017 festgelegt, angeschlossen wurden wir zusammen mit zwei weiteren Einzelreisenden an eine Gruppe Studierender aus den USA (La Red de Solidaridad con Mexico/Netzwerk Solidarität mit Mexiko).

Im Nachhinein sollte sich diese Regelung für uns als positiv erweisen, weil wir dadurch nicht in äußerst konflikthafte gruppenspezifische Prozesse innerhalb der deutschen Gruppe sowie in deren vorzeitige Auflösung involviert waren.

Am 22. 10. 2017 trafen wir vom karibischen Cancun aus nach 23-stündiger Busfahrt in San Cristóbal de las Casas in Chiapas ein, wo wir von einer Leiterin des colectivo gata-gata und einem companero abgeholt wurden. Sie begleitete uns anderntags zum Caracol Oventic, wo wir nach einstündiger Fahrt im Sammeltaxi (colectivo) bei Regen und Nebel – „der Vermummung des Urwaldes“ – ankamen, die vier Tage andauern sollten.

Was verbirgt sich hinter dem Caracol Oventic?

„Wer Oventic betritt, muss ein Geläuterter sein. Er muss mit Demut und Geduld die Inspektion der Papiere, das Hin und Her von Laufzetteln, das stundenlange Warten in Staub und brennender Sonne ertragen, dann hat er die erste Prüfung bestanden“, so schreibt Carmen Butta in *Geo spezial* Nr. 6 vom Dezember/Januar 2001/2, die ihr damaliger „Aufenthalt in den autonomen zapatistischen Gemeinden trotz aller Sympathie eher ernüchtert hat“.⁶

Wir warten zwar auch am Eingang, aber nicht mehr am Schlagbaum, sondern vor dem Eisentor. Der – damals wie heute – maskierte

Posten nimmt immer noch die Papiere entgegen, trägt sie zum Rat der Guten Regierung und wieder zurück, um uns nach einer Stunde Wartezeit im Regen eintreten zu lassen. Verhaltensregeln sind auf einem Hinweisschild zu lesen: „In Übereinstimmung mit den lokalen Autoritäten und autonomen Gemeinden sind die illegale Durchfahrt von Fahrzeugen, die Saat von Drogen und Überfälle verboten.“ Hier, im räumlich begrenzten Caracol Oventic – das eine Ausdehnung von ca. 500 m x 300 m besitzt – leben auf 2.100 m Höhe circa 300 Menschen in Stein- und Holzhäusern bei einer Jahresdurchschnittstemperatur von 16,3 Grad. Die Regenzeit dauert von Mai bis Oktober. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge liegt bei circa 1.600 mm/Quadratmeter, doppelt so viel wie in unserer Region.

Wir befinden wir uns auf dem ehemaligen Gebiet des Großgrundbesitzes der Brüder Larrainzar.

Oventic beherbergt: die Sprachenschule CELMRAZ, die Sekundarschule (mit Aula, Sportplatz, Schlafsaal, Essraum und Sanitärbereich), das Gesundheitszentrum mit Krankenhaus und Ambulanzwagen, den Rat der Guten Regierung, ständige Vertretungen der fünf Gemeinden, den beteiligten Kommunen, die Vertretung der Frauen, Geschäfte (Bekleidung, Lebensmittel, Frauenkunsthandwerks-kooperative), Cafeterien, eine Kirche Versammlungshaus und Versammlungsplatz.

Es gibt insgesamt vierzig autonome Zapatistengemeinden, basisorientierte Inseln der Selbstverwaltung. Es bestehen fünf Caracoles (Verwaltungszentren) mit Räten der Guten Regierung für fünf Regionen. Diese sind in der Reihenfolge ihrer Gründung seit 1995 La Realidad, Oventic, La Garrucha, Morelia, Roberto Barrio.

Vom mexikanischen Staat proklamierte Gemeindegrenzen werden weder von der Gebietseinteilung noch namentlich akzeptiert. Viel mehr wird Sprachengrenzen und Ethnien Rechnung getragen. Gesprochen werden fünf indigene Sprachen, neben tsotsil zoque, chol, tseltal, tojolabal.

Die offizielle Landesuhrzeit ist genau so wenig geduldet wie staatliche Lehrer*innen, Ärzt*innen oder Richter*innen. Die Zapatistas neh-

men keinerlei Regierungsunterstützung an. Sie arbeiten am Aufbau eigener Strukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verwaltung, Recht, Ökonomie und Medien. In den zapatistischen Gebieten gilt reale Zeit. Sie ist in den Sommermonaten eine Stunde zurück. Einheiten des Bundesheeres, paramilitärische Gruppen und das Polizeikorps zeigen in der Region Präsenz und Stärke. In den zapatistischen Gemeinden sind seit 1995 in zivilen Friedenscamps Menschenrechtsbeobachter*innen im Einsatz.

Die Promotor*innen, wie die Lehrer*innen hier genannt werden, folgen ihrer Berufung und arbeiten 15 Tage pro Monat für die Gemeinschaft in unentlohnter Kollektivarbeit. Sie leben in dieser Zeit mit ihren Kindern im Caracol.

Die andere Hälfte des Monats arbeiten sie für ihre persönlichen Belange, indem sie z. B. Kaffee und Bohnen anbauen für den Eigenbedarf und Verkauf oder handwerklichen Tätigkeiten nachgehen, die ihnen erlauben, Geld für den persönlichen Bedarf zu erwirtschaften. Alle Zapatistas leben und arbeiten nach diesem Modell: im Wechsel 15 Tage für die Gemeinschaft in unentlohnter Kollektivarbeit und 15 Tage für sich selbst.

Der Studienaufenthalt

Wir begehen die Örtlichkeiten des CELMRAZ, das in die Sekundarschule integriert ist. Es gibt seit 2017 zwei gemauerte Schlafsäle für die Studierenden mit Stockbetten. Das Küchenkollektiv kocht werktags dreimal für die Studierenden vegetarisch, mittwochs ist Fleischtag. Eine Wasserfilteranlage gibt es seit 2016, bis dahin musste das Wasser zum Trinken abgekocht werden. Geduscht wird kalt mit dem Wasser aus dem durch das Gelände fließenden Bach, die Toiletten werden mit Eimern aus einem vom Bach gespeisten Wasserreservoir nachgespült. Im Anschluss an die Begehung findet in der Gruppe der Neuankömmlinge eine Einführungsveranstaltung im CELMRAZ zusammen mit 6 Promotor*innen und 10 Studierenden statt. Die geringere Zahl von ihnen hat sich für

⁶ Butta, Carmen: *Revolution auf Raten*, in: *GEO Spezial*, Nr. 6 Dez./Jan. 2001/2, S. 57

das Erlernen der indigenen Sprache „tsotsil“ eingeschrieben, die überwiegende Mehrheit lernt „castellano“, so wie wir. Ein Studienplan für die nächsten beiden Wochen wird vorgestellt. Der Unterricht beginnt am Vormittag – nach einem gemeinsamen Frühstück aller Studierenden – um 9 Uhr in der Großgruppe der Promotor*innen und Studierenden mit einem „Slikem“, wie die thematische Einführung in tsotsil heißt. Daran schließt sich ein zweistündiger intensiver Einzelunterricht mit einem der Promotor*innen an, die wöchentlich rotieren.

Der Schwerpunkt des Unterrichts liegt nicht im Grammatikalischen, sondern im Kennenlernen zapatistischer Strukturen und Praxis sowie in der Besprechung gemeinsam erlebter Aktivitäten wie z. B. Lektüre der „anderen Geschichten“ des Antonio; Filmbeiträgen über den zapatistischen Widerstand; Besuch der autonomen zapatistischen Grundschule. Über das gemeinsam Erlebte wird in einen Austausch getreten. Von Vorteil erweisen sich dafür unsere Vorkenntnisse im Spanischen.

Die Exkursion zu der zapatistischen Grundschule lässt uns nach eingehender Vorbereitung in die Rolle der Promotor*innen schlüpfen. Wir praktizieren gemeinsam Spiele des Sozialen Lernens, die mit Begeisterung von allen Altersgruppen aufgenommen werden. Beeindruckend ist für uns der respektvolle Umgang der älteren mit den jüngeren Schüler*innen. Die Klassenzimmer sind nur mit dem Allernötigsten ausgestattet. Auf dem Gelände befindet sich ein kleines Steinhaus mit Wellblechdach, das als Lehrer*innenzimmer dient. Die Latrinen sind wie die gesamte Schule in zapatistischer Kollektivarbeit entstanden.

Der Vormittagsunterricht im CELMRAZ endet um 12 Uhr. Mittagessen gibt es um 14 Uhr. An den Nachmittagen wird der Unterricht um 17 Uhr in der Kleingruppe mit einem/einer anderen Promotor*in oder in der Gruppe aller Studierenden bis vor dem Abendessen um 19

Uhr fortgesetzt. Die Nachmittage sind in der ersten Woche gemeinsamen Aktivitäten und deren Reflexion gewidmet: Filmischen Beiträgen und einer Theateraufführung der RED Studierenden. Abendveranstaltungen (Kino- und Tanzabend) bilden den kulturellen Rahmen der ersten Woche des Studienaufenthaltes. In der Reflexion der ersten Aufenthaltswoche schreiben wir:

„Für mich waren die Wetterverhältnisse sehr herausfordernd und ich benötigte viel Energie, um damit zurecht zu kommen.

Es fiel mir schwer, einige verhaltensmäßige Zurechtweisungen anzuerkennen.

*Ich lernte den korrekten Gebrauch einiger Wörter. Die beiden Kontakte mit Schüler*innen der Grund- und Sekundarschule erlebte ich zwischen den*



Haus der „Guten Regierung“

*Polen der Schüchternheit und Neugierde, als eine Begegnung zwischen zwei unterschiedlichen Welten – getragen von großem Respekt. Die Kontakte mit den Kindern aus dem Caracol erlebte ich sehr freimütig. Die Kontakte mit den Promotor*innen waren von großem Respekt gekennzeichnet. Zu lernen, in Übereinstimmung Vereinbarungen zu treffen, stellt für mich eine große Herausforderung dar, jeden Tag aufs Neue.*

Ich denke über den Unterschied zwischen den Prozessen der Individuation und Personalisation nach. Ich verstehe einmal mehr die unheilvolle Allianz staatlicher Gewalt und Medienmacht. Meine Erfahrungen hier sind eine gute Möglichkeit, mein Wissen und Handeln in Zweifel zu stellen.“⁷ Die zweite Unterrichtswoche besteht aus „clases“ – Unterricht im engerem Sinn – und weiteren gemeinsamen Aktivitäten und deren Reflexion:

Wir sehen und diskutieren „Viva Mexico“, eine filmische Dokumentation der am 1.1.2006 – 12 Jahre nach dem „Aufstand der Würde“ – begonnenen „Otra Campana“ – einer sechsmonatigen Reise des Subcomandante Marcos durch sämtliche Bundesstaaten Mexikos. Seine Mission ist es, alle Stimmen des Widerstandes von Mexikaner*innen zu hören, die für ein besseres Mexiko kämpfen. Im Mai findet die Kampagne mit dem Massaker von Atenco ihren unrühmlichen Höhepunkt.

Die Herstellung des Grundnahrungsmittels Maistortilla in der Gemeinschaftsküche fordert unser handwerkliches Geschick heraus. Die Vorbereitung eines Opferaltars zu Allerheiligen (días de las muertos) lässt uns an religiösen Praktiken partizipieren. Die Nachbesprechung des Kinofilms „Ich heiße Najoom, ich bin 10 Jahre alt und ich möchte mich scheiden lassen“ der von Machismo und Zwangsheirat im Jemen handelt, findet in Kleingruppen mit Schüler*innen der Sekundarschule statt, die 15 Tage pro Monat im Internat leben und die zweite Hälfte des Monats bei ihren Familien verbringen und in Haus und Hof mitarbeiten.

Den kulturellen Höhepunkt der zweiten Woche bildet das Solidaritätskonzert des 20-köpfigen südfranzösischen Jazzensembles Surnatural Orchestra. Zum Konzert finden sich schon in den frühen Morgenstunden geschätzte 3.000 Zapatist*innen aus den umliegenden Gemeinden ein, deren Dank am Ende des Konzerts in das gemeinsame Singen der zapatistischen Hymne mit erhobener linker Faust mündet. Ein ergreifender Moment.

Die Präsentation eines von den RED Studierenden gemalten Wandbildes verbindet deren US-amerikanischen Kampf gegen Polizeigewalt und für Transgender mit dem zapatistischen Kampf und die beiden Welten miteinander. Ein Abschlusssessen, zubereitet von einem zapatistischen Restaurant, beschließt den Studienaufenthalt der RED Studierenden. Eine Abschlussreflexion in Form einer Kartenabfrage rundet den Studienaufenthalt inhaltlich ab. Gefragt wird gegenseitig z. B. nach der

(7) Handschriftliche Dokumentation der Abschlussreflexion am 27.10.2017

Bedeutung der Religion im Zapatismus oder nach antikapitalistischen Erfahrungen der Studierenden in ihren Herkunftsländern.

Wir werden vom Rat der Guten Regierung erwartet, der aus drei Personen und zwei Hospitant*innen im Einarbeitungsjahr besteht, die für die Dauer von drei Jahren Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Den Amtsträger*innen sind die Stimmen nur „geliehen“, d. h. sie können sofort ersetzt werden, wenn sie ihre Aufgabe nicht zur Zufriedenheit der Basis erledigen. Dort entrichten wir den ökonomischen Beitrag für unseren Studienaufenthalt. Pro Woche und Person werden für 15 Unterrichtsstunden (5 Studientage x 3) nach der Formel Mindestlohn des Herkunftslandes (in Deutschland 9 €) x 8 Arbeitsstunden (pro Arbeitstag im Herkunftsland) x 3 Tage berechnet, insgesamt 216,- € pro Person und Woche. Dazu kommen die Kosten für 15 Mahlzeiten pro Woche, die sich auf 22,50 € belaufen. Wir übergeben die Geldspende eines Genossen. Damit das Geld angenommen wird, müssen wir erklären, von welchem Menschen das Geld kommt und dass es sich um „sauberes“ Geld handelt. Die Spende wird nach prüfender Beratung angenommen. Ein gemeinsames Mittagessen beschließt unseren zweiwöchigen Aufenthalt im Caracol Oventic.

Zu diesem Zeitpunkt wissen wir noch nicht, dass es uns zum Ende unseres Sabbatjahres im Juni 2018 hierhin zurückzieht um diesen respektvollen, verbindlichen, kämpferischen und stolzen Menschen noch einmal zu begegnen. Mein Tagebuch endet am 3. November 2017 mit den Worten: „Wie viele Male sind wir in

diesen zwei Wochen den Weg bis hinauf zum Tor gelaufen? Zwanzig Mal, dreißig Mal? Obwohl der Bewegungsradius derart eingeschränkt war, fühlten wir uns hier nie eingesperrt. Wie weit gefehlt im Nachhinein unsere zu Hause zurecht gelegten Überlegungen anmuten, an den Nachmittagen zu Fuß zu der Kreisstadt San Andrés zu gehen.

Der letzte Gang führt uns“ vom Versammlungsplatz vorbei am Krankenhaus, dem Büro der Frauen für die Würde, an den ständigen Vertretungen, an Bekleidungsgeschäften und der Cafeteria „zum Kunsthandwerksgeschäft und verbindet sich mit der Ankunft des Fahrers der RED Studierenden, der mit zwanzig Menschen und Gepäck Oventic mit uns verlässt und uns sicher nach San Cristóbal de las Casas bringt.“⁸

Neuere Entwicklungen

Am 8. November 2017 nahmen wir in San Cristóbal de las Casas auf dem Platz vor der Kathedrale an der beeindruckenden Vorstellung von Marichuy und zehn Vertreter*innen aus den Regionen teil. Mangels ausreichender Akkreditierungsstimmen konnte sie zu den Wahlen nicht antreten, was den großen Erfolg der gemeinsamen indigenen Kampagne nicht schmälern kann.

„Seit dem am 24. u. 25.11 mindestens 5323 Menschen aus der Bevölkerungsgruppe Tsotsiles in den Regionen Chalchihuitán und Chenalhó gewaltsam von bewaffneten Paramilitärs vertrieben wurden, spitzt sich die Lage im Hochland von Chiapas (Altos de Chiapas) weiter zu. Dies berichtet eine Beobach-

tungs- und Dokumentationsmission zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Chiapas, die am 9. Und 10. Dezember Interviews mit vertriebenen Familien und Gemeindebehörden führte.“⁹ Die Region ist bekannt für ihre anhaltende Straflosigkeit, massive Menschenrechtsverletzungen und staatlichen Schutz für Paramilitärs. Die Straßen zu den Ortschaften wurden zerstört.

Am 1. Juli 2018 hat Mexiko gewählt. Als Wahlsieger ging der Kandidat der Linken, Andrés Manuel López Obrador, von der „Bewegung der nationalen Erneuerung“ (Morena) hervor. Im neu gewählten Parlament verfügen Morena und ihre Koalitionspartner – die linke Arbeiterpartei PT (Partido del trabajo) – und die evangelikale „Partei des sozialen Treffens“ (PES) über die Mehrheit der Sitze. Im Dezember wird die Regierung übernommen. Ob dieser Wahlsieg für die zapatistische Bewegung mit positiven Entwicklungen verbunden sein wird, bleibt dahingestellt. Die *junge Welt* schreibt in Ihrer Ausgabe vom 1./2. September 2018 dazu: „*Mislungen ist bereits ein Vorstoß des weithin respektierten katholischen Würdenträgers Padre Alejandro Solalinde, zwischen der künftigen Regierung López Obrador und der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) zu vermitteln.*“ Er hatte es versäumt, die Zustimmung der EZLN zu einem runden Tisch zwischen den Parteien abzuwarten, bevor er die Idee öffentlich machte mit dem Ergebnis, dass die Zapatisten daraufhin die Initiative ablehnten. Subcomandante Galeano wandte sich mit einem offenem Brief an die mexikanische Bevölkerung, der „eine Generalabrechnung mit der neuen Regierung“ enthielt. Die Skepsis der Zapatistas gilt eben allen politischen Parteien, weil diese spalten, was zu verbinden ist.

In Oventic geht das Leben in Rebellion weiter. In der Cafeteria des Caracols wurde im August 2018 der Film „*Hombres sin rostros*“ (Männer ohne Angesicht) ausgestrahlt, eine mexikanisch/russische Koproduktion.

La lucha sigue! Der Kampf geht weiter!

Ruth und Bernhard, AG international
Dorfen

(8) Handschriftliche Tagebucheintragung vom 3.11.2017

(9) <https://www.ya-basta-netz.org>

Anzeige

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition
1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der
Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen
Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Die zionistische Kampagne gegen Corbyn



Die zionistische Kampagne gegen Jeremy Corbyn, die nicht lange, nachdem er zum Parteichef von Labour gewählt worden war, begann, ist in diesem Sommer intensiviert worden. Fast jeden Tag brachten die Medien eine Geschichte oder anderes über Corbyns angeblichen Antisemitismus. Diejenigen, die deren Falschheit aufzeigen wollten, bekamen wenig oder keinen Platz, um die wahren Fakten zu bringen. Der Fokus lag auf der Definition der IHRA (International Holocaust Remembrance Association) von Antisemitismus.

Das Nationale Exekutivkomitee von Labour übernahm die Definition der IHRA, nicht aber einige ihrer Beispiele, die entweder Kritik am Staat Israel verhindern oder eine solche Kritik als antisemitisch definieren. Die Definition wurde von Kenneth Stern entworfen, der 2017 vor dem US-Kongress sprach, wo er erklärte, dass die Definition nur dafür gedacht war, um Daten zu sammeln, nicht um zu bestimmen, ob ein bestimmter Kommentar antisemitisch ist. Er fügte hinzu, dass sie benutzt worden war, um Gespräche an Universitäten zu verhindern, als israelische Diplomaten eingriffen, um solche Gespräche abzulehnen.

Liberty, die Menschenrechtskampagnengruppe, warnte vor der Definition der IHRA, da sie benutzt werde, um die freie Rede zu verhindern.

Die zionistische Kampagne wird von rechten jüdischen Kräften benutzt, von Zionisten in der Labour Party und von rechten Labour-Abgeordneten, um Corbyn anzugreifen und um Labour als von Antisemiten überschwemmt darzustellen. Die meisten Abgeordneten von Labour haben sicher keinerlei Erfahrung mit Antisemitismus innerhalb der Partei gemacht. Das eigentliche Ziel ist, Corbyn abzulösen oder eine Regierung zu stoppen, die nach den Wahlen von ihm geführt würde.

Im Juli nannte ihn Margaret Hodge, die Tochter eines millionenschweren Bankers, der vor den Nazis geflohen war und seine Familie im Holocaust verloren hatte, eine rechte Labour-Abgeordnete, die in London gewählt wurde, und die Corbyn fast ihr ganzes Leben lang kennt und ihn daher als einen lebenslangen Kämpfer gegen Rassismus kennt, einen „verdammten Antisemiten und Rassist“, während sie im Parlament hinter dem Stuhl des Präsidenten stand. Als ich das in den Nachrichten hörte, dachte ich, sie muß wohl zu lange in der Bar gewesen sein. Ein anderer Abgeordneter beschwerte sich über ihr Benehmen. Das Ganze war offensichtlich ein Public-Relations-Trick, um den Druck auf Corbyn in den Medien zu erhöhen. In der Annahme, sie ruhigstellen zu können, ließ die Labour Party eine Untersuchung über ihr Benehmen fallen – das funktionierte nicht.

Sie sei nicht hilfreich bei der Bekämpfung des Antisemitismus, da sie Kritik am Staat Israel als antisemitisch zu definieren scheine. Viele nicht-zionistische Gruppen hier und anderswo lehnen sie ab.

Sie wurde von rechten jü-

Ebenfalls im Juni, am selben Tag, brachten drei jüdische Zeitungen die Schlagzeile, dass eine Labour-Regierung eine „existentielle Bedrohung“ für die jüdische Gemeinschaft in Großbritannien darstelle. Glauben die wirklich, dass Corbyn einen Plan hat, sie in irgendeiner Weise auszulöschen? Ihr Leitartikel kritisierte Labour, weil diese unterscheidet zwischen rassischem Antisemitismus, der falsch ist, und politischem Antisemitismus, der Israel kritisiert, welchen Labour akzeptiert. Die Herausgeber sehen kein Problem bei dem Gesetz, das vor kurzem in Israel verabschiedet wurde, welches jüdischen Bürgern eine gesetzliche Überlegenheit gibt, während es Araber zu Bürgern zweiter Klasse macht; das Gleiche gilt im Bezug auf die hebräische und die arabische Sprache. Das scheint die Beschuldigung zu rechtfertigen, Israel sei ein Apartheid-Staat.

Der nächste Trick war es, Corbyn anzuklagen, weil er ein Treffen im Parlament mit dem Holocaust-Überlebenden Hajo Meyer veranstaltet hatte, der Vergleiche gezogen hatte zwischen dem Holocaust der Nazis und den Verbrechen, die Israel an den Palästinensern begeht. Natürlich sind letztere, so schlimm sie auch sein mögen, nicht mit den Verbrechen der Nazis zu vergleichen. Wenn man die Geschehnisse in Gaza oder im Libanon in der Vergangenheit betrachtet, sieht man unmenschliche Brutalität und ist an die Nazis erinnert. Ich erinnere mich an ähnliche Gedanken in Bezug auf Aktionen der USA in Vietnam in den 60er und 70er Jahren.

Dem oben genannte Vorfall aus dem Jahr 2010 folgten Photos von Corbyn aus dem Jahr 2014, wo er in Tunis war. Er wurde beschuldigt, dort einen Kranz auf den Gräbern der Leute vom Schwarzen September niedergelegt zu haben, die die israelischen Sportler 1972 in München ermordet hatten. Zwei von deren Witwen wurden mobilisiert, um Corbyn zu denunzieren. Die Wahr-

heit war aber, dass Corbyn an einer Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Tunis teilgenommen hatte. Er gedachte, zusammen mit anderen Teilnehmern, der 47 PLO-Mitglieder, die 1985 bei einem Luftschlag der Israelis getötet wurden. Die Leute vom Schwarzen September, die in Paris getötet wurden, sind in Libyen begraben. Es stellte sich heraus, dass ein Mitglied des Oberhauses, ein Liberaler, bei den Ereignissen in Tunis dabei war, ebenso wie der Tory Lord Sheik. Sheik wurde von zwei pro-israelischen Tory-Abgeordneten angegriffen. Einer von ihnen, Zac Goldstein, hatte in seinem Wahlkampf um Posten des Bürgermeisters 2016 in London Rassismus gegen seinen Widersacher Sadiq Khan von Labour eingesetzt – Khan gewann. Sogar Netanyahu versuchte, Corbyn mit einer Ehrung der Mörder vom Schwarzen September in Verbindung zu bringen.

Dann brandmarkte bei der Versammlung des Nationalen Exekutivkomitees von Labour Pete Willsman, jahrzehntelang eine führende Figur beim Kampf für die Demokratisierung Labours von oben

nach unten und bei der Förderung des Sozialismus, während einer Diskussion über die antisemitische Verunglimpfung bestimmte Führer der jüdischen Gemeinschaft als „Trump-Fanatiker“ (einige hatten Trump zu seiner Wahl gratuliert). Ein Feind von Corbyn im Exekutivkomitee hatte Petes Zornesausbruch aufgenommen und steckte das den Medien. Eine Kampagne gegen Willsman begann, wegen seines „Antisemitismus“. Momentum, die Pro-Corbyn-Gruppierung in Labour, entfernte daraufhin Pete von ihrer Vorschlagsliste der Kandidaten für die Wahl 2018 zum Exekutivkomitee. Ihre Führung hat die Mitglieder nicht befragt. Es fehlt an einer demokratischen Struktur. Vielleicht wurde Pete auch als Rivale angesehen; einige von den Leuten um Corbyn warten darauf, ihn zu ersetzen, sollte er gehen.

Wie es auch sei, Walter Wolfgang verteidigte Pete als lebenslangen Antirassisten, der seine Stimme erhalten werde. Walter Wolfgang, der als linker Jude in den 30er Jahren aus Nazi-Deutschland geflohen war, war bekannt geworden, als er 2005 auf dem Parteitag von Labour physisch hinausgeworfen wurde, weil er den damaligen Außenminister Jack Stra während seiner Rede zum Irak „einen Lügner“ genannt hatte, wonach er regulär in das Exekutivkomitee gewählt wurde. (Willsman wurde zusammen mit den anderen acht Mitgliedern von der Parteibasis in das Exekutivkomitee gewählt.)

Dann tauchte ein Video-Filmclip von einem Treffen in Palästina auf, das von einem Zionisten gemacht worden war, der regelmäßig solche Treffen filmt. Dort hatte Corbyn im Scherz geäußert: „Britische Zionisten verstehen den englischen Humor nicht.“ (Hier [in GB] sagt man, dass Amerikaner Humor nicht verstehen.) Die Passage, wo Corbyn seine Bewunderung für die lange Beteiligung der Juden an der Arbeiterbewegung ausdrückte, wurde nicht gezeigt. Wieder wurde Corbyns Scherz von der zionistischen Lobby als Beweis für „Antisemitismus“ angeprangert.

Linke jüdische Organisationen haben versucht, der zionistischen Kampagne entgegenzutreten, aber ihnen fehlt die Unterstützung der

Mächtigen und ihrer Medien. Einige, darunter Moshe Machover, hatten an den Generalsekretär von Labour geschrieben, um die israelische Einmischung in der Partei untersuchen zu lassen. Die vierteilige Dokumentation von Al-Jazeera, die im Januar 2017 gezeigt worden war, entlarvte den israelischen „Diplomaten“ Shai Masot, wie er intrigierte, um israel-kritische Labour- und Tory-Abgeordnete fertig zu machen. Er arbeitete eng mit dem Jewish Labour Movement zusammen, das an die Labour Party angegliedert ist, und den Labour Friends of Israel. Er hatte einen großen Geldbetrag von der israelischen Regierung zur Verfügung. Nach seiner Entlarvung verließ Masot das Land. Mark Reggev, der früher Ariel Sharons Mann für die Öffentlichkeitsarbeit gewesen war, kam hier als israelischer Botschafter an, unter anderem mit der Aufgabe, die BDS (Boycott, Disinvestment & Sanctions)-Kampagne zu bekämpfen, die im Anwachsen begriffen war. Ich habe lange geglaubt, dass die Kampagne gegen Corbyn wegen Antisemitismus ihren Ursprung in der Botschaft hatte.

Corbyn erfuhr beim Treffen des Labour-Exekutivkomitees am 4. September einen Rückschlag, als dieses beschloß, alle Beispiele der IHRA-Definition zu übernehmen. Obwohl Corbyn die Mehrheit hat, ließen ihn genug seiner Verbündeten im Stich. Sie dachten, dass dieser Schachzug die Antisemitismus-Behauptungen beenden werde. Corbyn versuchte, eine Formulierung hinzu zu fügen, um die freie Rede über Israel und das Recht, Kritik zu üben, zu schützen. Das scheiterte aber.

Die Labour-Rechten wollen versuchen, Corbyn auf dem Parteitag in diesem Monat abzusetzen. Eine Gruppe von Blair-Anhängern hat sich dem Führer der Liberalen, Vince Cable, und mit Brexit-Gegnern von den Tories getroffen, um über eine neue „Zentrumspartei“ zu diskutieren. Heute (7.9.18) sagte Blair im Radio, dass eine Regierung von Corbyn eine „existentielle Bedrohung“ für die Labour Party sein würde – der Mann, der sie liquidieren und zu den Liberalen führen wollte!

m.j.

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Pressemitteilung der Roten Hilfe e.V.

Bayerische Polizei führt präventive Festnahmen vor Protesten gegen EU-Gipfel in Salzburg durch



Mehr als 50 linke Aktivist*innen wurden gestern an der Reise nach Salzburg gehindert, um dort an der Demonstration gegen den EU-Gipfel teilzunehmen. Der Zugverkehr wurde ausgesetzt und 17 Personen präventiv festgenommen. Sie erhielten ein Ausreiseverbot nach §10 des Passgesetzes, wonach verhindert werden soll, das „Ansehen

der BRD im Ausland zu beeinträchtigen“.

Statt angeblich konkret befürchteter schwerer Straftaten oder Vorstrafen der Aktivist*innen wurden Kapuzenpullover und völlig legale Schlauchschals als Begründung der Maßnahme angeführt.

Die Personalausweise wurden eingezogen und werden erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgehändigt. Bis dahin gelten für die Betroffenen tägliche Meldeauflagen. Von den repressiven Maßnahmen der Bundespolizei ist auch ein französischer Staatsbürger ohne Wohnsitz in der BRD

betroffen, dem groteskerweise der gleiche Vorwurf zur Last gelegt wird. Die 17 Personen verbrachten bis zu zehn Stunden im Polizeigewahrsam, nur um ein Ausreiseverbot ausgesprochen zu bekommen.

Hierzu erklärt Heiko Lange, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.:

*„Die Verhinderung der Ausreise sollte die linken Aktivist*innen an Protesten gegen die herrschende EU-Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung hindern.*

*Es scheint, als würde die bayerische Polizei denken, dass sie sich alles erlauben kann. Ohne konkreten Vorwurf werden Oppositionelle festgesetzt und an ihrem verbrieften Grundrecht der freien Meinungsäußerung gehindert. Bei dieser Vorgehensweise handelt es sich um Polizeistaatsmethoden, die die Rote Hilfe e.V. auf das Schärfste ablehnt. Diese repressiven Maßnahmen sind ein Vorgeschmack darauf, welche drastischen Grundrechtseinschränkungen auf die Linke und soziale Bewegungen zukommt, wenn wir uns jetzt nicht entschlossen zur Wehr setzen. Der politische und juristische Kampf gegen die Gesetzesverschärfungen ist eine Aufgabe der gesamten Linken und Bürger*innenrechtsbewegung.“*

Anzeige

Kurdistan

1921 wurde Kurdistan zwischen der Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Heute sind die Verhältnisse im Umbruch:



Die Türkei gibt sich gerade eine neue Verfassung, mit dem Präsidenten als Alleinherrscher. Der Iran erlebt immer mehr Protest und Widerstand gegen die autoritäre Diktatur. Der Irak existiert als Staat zur Zeit faktisch nicht mehr. Das autonome Kurdistan strebt nach Selbständigkeit. Syrien ist als Staat zusammengebrochen, mehr als 1200 Milizen ringen um die Macht. Eine der stärksten Milizen ist die kurdische YPG. Rojava ist faktisch selbständig, aber täglich bedroht. Wie geht es weiter? Die Broschüre beschreibt die Situation der Kurdinnen und Kurden in den vier Ländern, unter denen sie nach dem Ersten Weltkrieg aufgeteilt wurden. Es geht auch ausführlich auf heikle Punkte ein, so die Spannungen zwischen den verschiedenen Parteien, Strömungen und Gebieten.

Reinhard Pohl: **Kurdistan**
2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

21. September 2018

Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Thomas Gradl, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Verleger, Zuschriften:
Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC: PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Anzeige



**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
 info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Schwerpunkt 3/2018: Staatsschutz – Der NSU vor Gericht

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE
erschreibt viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

BAYER

Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen 

Name Vorname Alter

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

eMail Telefon

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org



Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradiakalen** 66 Seiten, 3,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar) 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern,“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org